

EDITORIAL**Liebe(r) Leser*in,**

bereits während der Drucklegung der diesjährigen MAIZEITUNG greifen aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit der Menschen in unserem Land. Selbstverständlich leistet der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen verantwortungsvollen Beitrag und wird mit großer Wahrscheinlichkeit alle geplanten Maiveranstaltungen absagen. Wir wollen so dazu beitragen, die Ausbreitung der Viruskrankheit zu verlangsamen und so die Bekämpfung der Epidemie zu unterstützen!

In diesem Jahr berichtet die MAIZEITUNG im Schwerpunkt über die Themen Tarifverträge und Tarifbindung.

Die Energiebranche steht vor großen Umwälzungen. Im Haustarifvertrag bei enercity ist es ver.di gelungen, Beschäftigung und Einkommen für die Zukunft zu sichern. Die IG Metall verfolgt mit ihren Tarifforderungen in der Metall- und Elektroindustrie die gleichen Ziele.

Im Klinikum Region Hannover entlastet ein Pilotprojekt besonders belastete Kolleg*innen in der Pflege. Wir berichten über den 12-Euro-Tarifabschluss für die Fast-Food-Branche, womit der NGG ein Ausbruch aus der Armutsfalle gelungen ist. Bei den Auftragsvergaben des Landes ist viel Luft nach oben, um die Billig-Lohnkonkurrenz zu Lasten tariflicher Beschäftigung einzudämmen. Weitere positive Beispiele werden genannt.

In den Betrieben der Automobilbranche versuchen rechtsnationalistische Gruppierungen Fuß zu fassen. Wenngleich ihre Erfolge verschwindend gering ausfallen, verfangen zum Teil ihre populistischen Parolen à la AfD und Co. bei einigen Kolleg*innen. Die IG Metall hat ein Konzept, wie man damit als Gewerkschafter*in im Betrieb umgehen kann. Und die GEW fühlt der Landesregierung auf den Zahn, was den Lehrer*innenmangel an den nicht-gymnasialen Schulformen angeht.

Ich wünsche Ihnen/Euch viel Interesse bei der Lektüre.

Ihr/Euer

Torsten Hannig
DGB-Regionsgeschäftsführer

»Solidarisch ist man nicht alleine!«

Dieses Jahr hat mit Ereignissen begonnen, die teilweise bedrohliche Ausmaße angenommen haben und Viele verunsichern. Das beginnt mit eskalierenden militärischen Konflikten in verschiedenen Weltregionen und einer verstärkten Militarisierung der Außenpolitik. Dies wird begleitet von den ungelösten und wieder wachsenden Fluchtbewegungen in der EU, im Nahen und mittleren Osten und besonders in Afrika. Auch die Klimakrise bleibt ungeklärt.

Das alles setzt Entwicklungen in Gang, die nicht mehr in den seit Jahrzehnten gewohnten Rahmen passen. Die sozialen Sicherungssysteme sind weiter unter Druck, wovon rechtsextremistische Parteien profitieren. Die Radikalisierung dieser Kräfte schreitet weiter voran, Gewaltexzesse von dieser Seite greifen um sich. Die Bereitschaft bei den bürgerlichen Parteien wächst, mit Parteien wie der AfD zu kooperieren – auch wenn etlichen Politiker*innen bei der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten der Schreck in die Glieder gefahren ist. Für den DGB bleibt es deshalb eine wichtige Aufgabe, im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften solche Entwicklungen einzudämmen. In Hannover ist es dem Bündnis Bunt statt Braun gelungen, mit vielen tausend Menschen offensiv die Demokratie zu verteidigen. Mehrfach haben wir AfD, NPD und Co. in die Schranken verwiesen.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung erlaubt gegenwärtig keine übertriebenen Hoffnungen. Dies wird durch die unkalkulierbaren weiteren Auswirkungen des Coronavirus verstärkt. Umso wichtiger ist es, längst überfällige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr länger zurückzuhalten.

Unsere Kernaufgabe als Gewerkschaften bleibt die Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge. Lohn, Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub oder Arbeitsschutz – diese Palette gehört seit der Gründung der Gewerkschaften zu den festen Bestandteilen von Tarifverträgen. Aber die Arbeitswelt steht in einem gigantischen Prozess der Umgestaltung. Diese Transformation äußert sich in Homeoffice, Crowd-Working und der Entstehung von Arbeitswelten, die sich den gängigen Regelungen von Tarifverträgen und Betriebsverfassungsgesetz entziehen. In vielen Branchen stehen die traditionellen Arbeitsverhältnisse unter großem Druck. Aber auch dieser Herausforderung stellen wir uns. Der DGB-Zukunftsdialog widmet sich diesen alltäglichen, aber existenziell wichtigen Aufgaben unter dem Motto: »Tarif. Gerecht. Für alle.« Aber das ist nicht unser einziges Thema. Weitere Schwerpunkte bleiben der Kampf gegen die Wohnungsnot und für eine auskömmliche Rente für Alle.

Denn es geht um das Zusammenwachsen der Gesellschaft, um die Stärkung der Demo-



kratie, um Investitionen in die Zukunft. Und es geht um einen Wert, den wir als Gewerkschaften und DGB leben: Solidarität. ▀

»Soziale Sicherheit gibt es nur mit starken Tarifverträgen«

Torsten Westphal sollte am 1. Mai in Hannover sprechen

»Als Gewerkschaften werden wir uns Hass und rechter Hetze mit aller Macht entgegenstellen«, sagt Torsten Westphal nicht nur mit Blick auf den rassistischen Terroranschlag in Hanau. Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle sei dies der dritte neonazistische Terroranschlag in der Bundesrepublik in nicht einmal einem Jahr gewesen, mahnt er.

Klare Kante zeigen gegen die Feinde der Demokratie wollte er auch in seiner Mairiede auf dem Platz an der Goseriede. Um die Demokratie zu schützen, müsse aber genauso die soziale Sicherheit verteidigt und ausgebaut werden, sagt er. Das wollte er dort gleichfalls ausführlich thematisieren. »Wenn Menschen sich Sorgen um ihre Zukunft machen müssen, haben sie keinen Kopf frei für etwas anderes«, betont der 54-Jährige. Für die Beschäftigten gebe es soziale Sicherheit nur mit »starken« Tarifverträgen.

Torsten Westphal wuchs mit sechs Geschwistern in Herrnburg, einem kleinen Ort in Mecklenburg-Vorpommern auf. Schon sein Vater war Eisenbahner. Anfang der 1980er Jahre absolvierte er bei der Deutschen Reichsbahn in Schwerin und Wittenberge eine Ausbildung zum Fahrzeugschlosser; anschließend folgte die Ausbildung zum Wagenmeister.

Bereits in den frühen 1990er Jahren gab es erste Kontakte zur Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Als Sekretär arbeitete Westphal unter anderem in der Bezirksleitung Schwerin und wechselte 1997 in die Bezirksleitung nach Berlin. Sechs Jahre später wurde er Bereichsleiter für die Regionen Nord-Ost sowie Süd-Ost und war schließlich auch für den IT-Bereich zuständig. Er übernahm 2008 zudem die Verantwortung für die Bereiche Mitgliederdatenverwaltung, Finanzen und Personal. Der geschäftsführende Vorstand übertrug ihm zusätzlich die Funktionen des Personalleiters.

Mit Bildung der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG wurde Torsten Westphal Bereichsleiter im neu gebildeten Vorstandsbereich Bundesgeschäftsführer. 2016 wurde er selbst zum Bundesgeschäftsführer gewählt. Seit November vergangenen Jahres ist er Vorsitzender der EVG.

Sie sei die bestimmende Kraft in der Branche, sagt er und verweist nicht zuletzt auf die »hervorragende« Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre. Für den Mann an der Spitze ein Ausdruck des Vertrauens in die EVG, die nah an den Beschäftigten sei und eine Vordenkerrolle in der Tarif- und Verkehrspolitik einer modernen Gesellschaft von Morgen übernehme.

Die notwendige Kraft für sein Engagement holt sich Torsten Westphal auf der Ost-

seeinsel Darß. Zum Abschalten geht der gebürtige Rostocker aber auch gern mal in den Ring, um sich einen Boxkampf anzuschauen. Für ihn ist Boxen ein bisschen wie das Leben selbst: Man brauche Herz, Verstand und Haltung.

»Das ist nicht immer bequem, aber der Kampf lohnt sich«, sagt er. Er unterstützt den Förderkreis krebskranker Kinder in Magdeburg, den Verein der Kinder-Klinik-Konzerte und die Rolli Rockers, die sich für sozial benachteiligte Kinder einsetzen.

Torsten Westphal hat eine volljährige Tochter und lebt mit seiner Partnerin seit mehr als zehn Jahren in Magdeburg. ▀



TORSTEN WESTPHAL
Vorsitzender der EVG.
Foto: EVG/Heike Rost

Aufgrund der aktuell unvorhersehbaren Entwicklung werden die **Veranstaltungen rund um den 1. Mai bis auf weiteres abgesagt.**
Weitere Infos unter: www.niedersachsen-mitte.dgb.de

»Kosten für Digitalisierung und Abwehr der Klimakrise nicht auf die Beschäftigten abwälzen!«

Die Krise in der Automobilindustrie und die schwelenden weltweiten Handelskonflikte beeinflussen zunehmend die konjunkturelle Entwicklung. Die MAIZEITUNG sprach darüber mit Professor Heinz-Josef Bontrup, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

MAIZEITUNG: Ob Weltwirtschaft oder die deutsche Wirtschaft, Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in diesem Jahr ein etwas höheres Wachstum als im vergangenen Jahr. Teilen Sie diesen Optimismus?

Heinz-Josef Bontrup: Optimismus ist ein Mangel an Wissen. Und Wissen ist in der prognostischen Ökonomie so gut wie nicht vorhanden, weil es auf zu viele Einflussfaktoren ankommt. Gesichert ist nur, dass die deutsche Wirtschaft vergangenes Jahr real, also preisbereinigt, um 0,6 Prozent gewachsen ist – nominal aber um zwei Prozent. In den Jahren 2014 bis 2018 war das Wachstum wesentlich höher und betrug im Jahresdurchschnitt real zwei Prozent, nominal 3,3 Prozent. Einige Ökonomen reden deshalb von einer Konjunktüreintrübung, ohne jedoch von einer Krise zu sprechen. Eines ist auf jeden Fall klar: Das reale Wachstum ist insgesamt zu schwach, um die dringend notwendige Vollbeschäftigung zu erreichen, wie sie die Gewerkschaften zurecht fordern.

Was werden die größten Baustellen in diesem Jahr sein?

Die größte Baustelle in Deutschland ist die seit 45 Jahren bestehende Arbeitslosigkeit und das wachsende verarmte Prekariat. Hinzu kommt natürlich die Umwelt- und Klimaproblematik. In beiden Problembereichen wird sich nichts Entscheidendes tun. Die herrschende Politik versagt hier weiter auf ganzer Linie. Nicht einmal ein gesetzlicher Mindestlohn von 12 Euro brutto pro Stunde und eine wirklich zukunftsfeste, lebensstandardsichernde Rente im Alter ist drin. Auch eine ausreichend hohe CO₂-Steuer wird es nicht geben. Diese würde die Unternehmen bewegen, endlich die Umweltkosten in ihre Preiskalkulationen einzubeziehen. Deutschland verfehlt nach wie vor die für Europa aufgestellten dringend notwendigen Klimaschutzziele.

Die CO₂-Steuer trifft Haushalte mit wenig Einkommen besonders stark.

Ja, das ist richtig. Das in Deutschland geschaffene und von der Politik zu verantwortende Prekariat wird das nicht bezahlen können. Hier sind deshalb Ausgleichszahlungen notwendig. Diese Zahlungen sind von den Einkommensstarken und Vermögenden durch eine entsprechende Besteuerung zu finanzieren.

Neben der Umstellung auf neue, klimaschonendere Antriebstechnolo-

gien wird für die Autobranche auch entscheidend sein, wie es mit den Handelskonflikten weitergeht. Droht ein Aufflammen der Handelskriege?

Ich fürchte, die derzeitigen Handelskriege werden nicht die letzten gewesen sein. Am Ende gibt es dabei nur Verlierer. Nationalstaaten sollten deshalb zusammen- und nicht gegeneinander arbeiten. Der Gewinn des internationalen Handels darf aber nicht nur in den Taschen von wenigen Großkonzernen und Vermögenden landen, so wie das in Deutschland der Fall ist.

Vor allem bei kleinen Automobilzulieferern gibt es vielerorts Stellenabbau bis hin zu Werksschließungen und Insolvenzen. Selbst die großen Konzerne setzen auf Kurzarbeit.

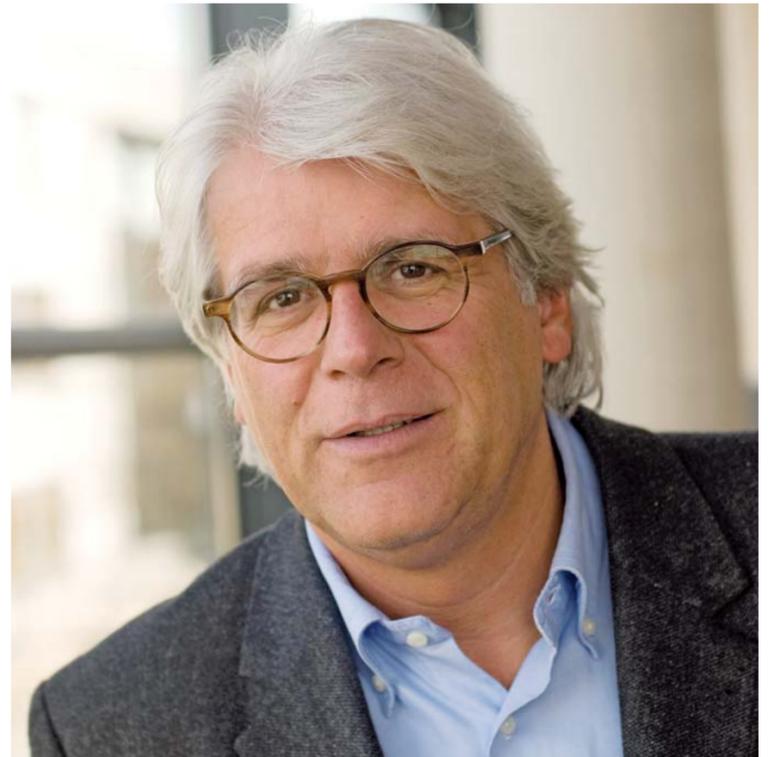
Die Automobilbranche wird für ihr Fehlverhalten beim Abgasskandal weiterzahlen müssen. Hinzu kommt ein gewaltiger Transformationsprozess durch die Digitalisierung und die Anforderungen aus der Klimakrise. Die Rechnung dafür bezahlen vor allem die Beschäftigten mit Arbeitsplatzverlusten und Einkommens Kürzungen für die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen. Die Arbeitsplätze in der Branche werden sich qualitativ verändern – das setzt alle Beschäftigten unter einen ungeheuren Druck. Zahlen werden auch die Zulieferer, weil die Konzerne ihre Nachfragemacht noch mehr als heute missbräuchlich einsetzen werden.

Während die IG Metall auf Gespräche über einen »sozialverträglichen« Umbau setzt, möchten linke Gewerkschafter*innen den Kampf um den Erhalt von Jobs mit dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verbinden. Ist das angesichts der Kräfteverhältnisse in den Betrieben realistisch?

Ich fordere seit langem nicht nur für die Automobilbranche eine dringend notwendige Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Gewerkschaften werden das allein aber nicht durchsetzen können, sie brauchen politische Unterstützung. Wenn die Automobilbranche nicht zum Instrument der Arbeitszeitverkürzung greift, VW hat es 1992 vorgemacht, dann wird der Transformationsprozess in der Branche kläglich scheitern. Das wird das Ende der für Deutschland so wichtigen Schlüsselbranche sein, wie wir sie heute kennen. Das wäre dann aber auch für die Kapitaleigentümerin-

DR. HEINZ-J. BONTRUP (67) ist emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Zurzeit Gastprofessor an der Universität Siegen. Bontrup ist seit fast 40 Jahren Mitglied der IG Metall. Vor zwei Jahren wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande für seinen unermüdlichen Einsatz gegen den neoliberalen Mainstream und sein Engagement für abhängig Beschäftigte, Arbeitslose und sozial ausgegrenzte Menschen verliehen.

Foto: privat



nen und Kapitaleigentümer in der Branche eine Katastrophe. Kapital und Arbeit sollten sich an einen Tisch setzen und gemeinsam eine Lösung entwickeln und umsetzen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten hier eine Vermittlerrolle einnehmen.

Auch für die übrige Industrie sind die Zeiten nicht gerade rosig. Wird sich die Delle in der Konjunktur noch stärker auf den Arbeitsmarkt auswirken?

Den einen Arbeitsmarkt gibt es nicht, sondern viele verschiedene Arbeitsmärkte, die sich nach Branchen differenzieren, aber auch regional unterschiedlich darstellen. Es gibt regionale Teilarbeitsmärkte mit Vollbeschäftigung, in anderen Teilarbeitsmärkten liegen die Arbeitslosenquoten weit über 10 Prozent. Wir brauchen deshalb eine differenzierte Arbeitszeitverkürzung, begleitet von einer Umverteilung von den viel zu hohen Unternehmensprofiten zu den Arbeitsentgelten. Der Beschäftigungszuwachs in den vergangenen Jahren ist dagegen überwiegend einer Prekarisierung der Arbeit geschuldet. Jeder vierte abhängig Beschäftigte arbeitet heute im Niedriglohnssektor. Das als Erfolg zu verkaufen, ist politische und ökonomische Volksverdummung. Daran wird sich leider

unter der amtierenden Bundesregierung auch in diesem Jahr nichts ändern.

Sollte die Politik ein Konjunkturprogramm ins Auge fassen?

Wir brauchen ein riesiges staatliches Investitionsprogramm von jährlich mindestens 50 Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre.

Wohin sollte das Geld fließen?

Die öffentliche Infrastruktur ist durch die neoliberale Politik der vergangenen 30 Jahren auf den Hund gekommen. Selbst jene, die das in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu verantworten haben, verlangen heute mehr staatliche Investitionen in die Infrastruktur. Es geht um eine gute Ausstattung der Kitas, Schulen und Universitäten, um Investitionen in Straßen, Brücken und den Öffentlichen Nahverkehr. Auch Investitionen in die soziale Infrastruktur, wie bezahlbarer Wohnraum, und für das Klima und die Umwelt gehören dazu. Das Geld dafür ist im Überfluss vorhanden. Es ist nur falsch verteilt. Die herrschende Politik traut sich nicht, dies endlich durch eine Umverteilung von oben nach unten zu korrigieren. Und Allen, die immer noch der Schulden- oder besser Kreditbremse das Wort reden, sei gesagt: Besuch endlich einen Grundkurs in Makroökonomie. ▀

Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- Politische Bildung
- After Work Bildung
- Gute digitale Arbeit
- Gesundheitsbildung

bildungswerk
ver.di

www.bw-verdi.de
www.betriebs-rat.de
www.personal-rat.de

Berufsbegleitende Weiterbildung:

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Offene Uni für Frauen u.v.m.

QuBE

Qualifizierung und Bildung
für Erwachsene
im Bildungswerk ver.di
in Niedersachsen e.V.

www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim
Goseriede 10 · 30159 Hannover
Telefon: +49(0)511/12 400 410
Telefax: +49(0)511/12 400 420
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser
aktuelles Programm zu.



Die GVH App

So einfach
wie ein Selfie!

- ▶ Mit der GVH App bist Du mit einem Klick mobil. Fahrkarte auswählen, mit PayPal bezahlen und die ganze Region Hannover erfahren.

Alle Infos in der App
und auf gvh.de

Mit **PayPal**
bezahlen!

ÜSTRA regıobus BAHNEN

VERBUNDEN IM **GVH**

IG BAU: »Wegezeiten zur Baustelle endlich fair entschädigen!«

Zentrale Tarifforderung der IG BAU ist dieses Jahr die Entschädigung der Wegezeiten zur Baustelle. Bisher bekommen die Kolleg*innen dafür keinen Cent, obwohl An- und Abfahrten oft mehrere Stunden dauern und die Entfernungen zu den Baustellen immer größer werden. Die Kolleg*innen haben keinen Einfluss darauf, ob es zehn, hundert oder zweihundert Kilometer bis zur Baustelle sind. Im Laufe eines Arbeitslebens kommen so viele Jahre zusammen, in denen die Bauarbeiter*innen für ihren Chef umsonst unterwegs sind. »Das ist eine Benachteiligung gegenüber stationär Arbei-



»Die Wegezeiten sind Lebenszeit und müssen deshalb fair entschädigt werden. Das würde auch die Baubranche im immer härter geführten Wettbewerb um die besten Köpfe attraktiver machen.«

KAI SCHWABE
stellv. IG BAU-Regionalleiter | Foto: Eckhard Störmer

tenden, die endlich abgeschafft werden muss«, betont Kai Schwabe, stellvertretender IG BAU-Regionalleiter.

Schon in den vergangenen Tarifverhandlungen war die Bezahlung der Wegezeiten zur Baustelle eine zentrale Forderung der Gewerkschaft. Die Tarifparteien einigten sich auf eine Expertenkommission, um dieses Thema außerhalb der Tarifrunde zu lösen. Die Arbeitgeber stellten sich aber später quer, und die Expertenkommission kam niemals zusammen. »Einen Tarifabschluss ohne eine Lösung der Wegezeiten werden die Kolleginnen und Kollegen nicht akzeptieren«, ist sich IG BAU-Regionalleiter Eckhard Störmer sicher.

Lohnforderung: 6,8 Prozent mehr ins Portemonnaie

Zu den Kernforderungen der IG BAU gehört ferner die eigentliche Lohnforderung von 6,8 Prozent, mindestens aber 230 Euro brutto mehr im Monat bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

Auszubildende auf dem Bau sollen unabhängig vom Ausbildungsjahr mindestens 100 Euro mehr erhalten. Die IG BAU verweist dabei auf die glänzende Auftragslage der Baufirmen. ▀

Deutlich mehr Geld für Beschäftigte der Fast-Food-Branche



Warnstreik von NGG-Mitgliedern.

Foto: NGG

Die Kassen von McDonald's, Burger King, Starbucks, Nordsee und Co klingeln: Laut einer Umfrage des Forsa-Instituts kauft jede(r) vierte Bundesbürger*in mindestens

einmal in der Woche Fastfood oder kleine Snacks. Doch den Milliardenumsätzen in der Fast-Food-Branche stehen Armutslöhne gegenüber. Die meisten Kolleg*innen der

bundesweit 120.000 Beschäftigten werden mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 9,35 Euro abgepeist, obwohl sie Vollzeit im Schichtdienst arbeiten.

Damit ist jetzt bald Schluss. Mit dem jüngsten Tarifabschluss zwischen der NGG und dem Bundesverband Systemgastronomie ist ein wichtiger Schritt aus dem Niedriglohnbereich geschafft. Auch alle anderen Beschäftigten der Branche bekommen in den nächsten Jahren deutlich mehr Geld. Vorausgegangen waren zahlreiche Warnstreiks und öffentliche Aktionen der als »Fast Food Workers United« zusammengeschlossenen NGG-Mitglieder.

Für die meisten Kolleg*innen steigt der Lohn am 1. Juli dieses Jahres zunächst auf zehn Euro und erhöht sich dann in mehreren Schritten bis Dezember 2023 auf 12 Euro. Das sind 440 Euro mehr im Monat als heute. Die NGG konnte damit ihre zentrale Tarifforderung durchsetzen, wenn auch deutlich spä-



»Die 12 Euro für die meisten Kolleginnen und Kollegen ab Dezember 2023 sind ein wichtiger Schritt aus dem Niedriglohnbereich.«

ILKA KASPER
Gewerkschaftssekretärin bei der NGG Region Hannover | Foto: NGG

ter als erhofft. Über die ganze Laufzeit des Tarifvertrags hinweg steigen alle Löhne und Ausbildungsvergütungen ab dem 1. Juli bis zum 30. Juni 2024 insgesamt um beachtliche 27,7 Prozent.

Bisher leben die Fast-Food-Konzerne auf Kosten der Allgemeinheit. Weil die Löhne so niedrig sind, müssen viele Beschäftigte ihr Einkommen bei der Agentur für Arbeit aufstocken und werden auch im Alter weiter von staatlicher Hilfe abhängig sein. ▀



Unter diesem Logo haben sich die NGG-Mitglieder zusammengeschlossen und mit zahlreichen Warnstreiks und öffentlichen Aktionen Druck gemacht.

Grafik: NGG

IG Metall will mit Zukunftstarifverträgen Beschäftigung und Einkommen sichern

In den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie fordert die IG Metall dieses Mal nicht nur Geld, sondern vor allem auch eine sichere Zukunft für die Beschäftigten. Angesichts des tiefgreifenden Wandels in der Branche will die Gewerkschaft Beschäftigung sichern, Kaufkraft stärken und ein Zukunftspaket schnüren. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern erfolgen unter den Bedingungen der Friedenspflicht. Die IG Metall hatte ein »Moratorium für fairen Wandel« vorge-

schlagen. Voraussetzung ist, dass es nicht zu einseitigen Maßnahmen der Unternehmen wie Stellenabbau kommt.

Viele Unternehmen ohne Zukunftskonzept

Allein in der Automobilbranche wollen mehr als 50 Prozent der Betriebe in den nächsten zwei Jahren Personal abbauen. Und noch immer hat über die Hälfte der

Unternehmen kein Konzept für die Zukunft. Die IG Metall fordert nun Zukunftstarifverträge, in denen Investitionen, Innovationen, Personalentwicklung sowie Aus- und Weiterbildung geregelt werden. Ziel ist, Standorte und Beschäftigung zu sichern sowie Nachfrageschwankungen am Markt auszugleichen.

Falls die Auftragslage schwächelt, soll zunächst das Arbeitsvolumen ohne Entgeltverlust verringert werden, gefolgt von einer Reihe von Sicherungsmaßnahmen (siehe Kasten). Alle Beschäftigten sollen Anspruch auf eine geförderte berufliche Qualifizierung im Rahmen des Qualifizierungs-Chancengesetzes erhalten, und die Altersteilzeit soll durch höhere Quoten ausgebaut werden. Darüber hinaus sollen die Kosten der Energiewende nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden. IG Metall-Mitglieder sollen deshalb einen Nachhaltigkeitsbonus in Form eines kontinuierlichen, tarifdynamischen Festbetrags bekommen, etwa für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder den

SO WILL DIE IG METALL BESCHÄFTIGUNG UND EINKOMMEN SICHERN:

1. Stopp aller Formen der Mehrarbeit
2. Abbau von Arbeitszeitkonten
3. Fremdvergaben stoppen
4. Qualifizierungszeiten ausweiten
5. Gesetzliche Kurzarbeit mit Aufzahlung
6. Tarifliche Kurzarbeit
7. Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung

Bezug von Ökostrom. Eine verbesserte betriebliche Altersvorsorge und tarifliche Regelungen für Dual Studierende runden die Forderungen ab.

Wenn bis Ostern keine belastbaren Ergebnisse vorliegen, werde man eine normale Entgeltforderung unterbreiten und auf Warnstreiks vorbereitet sein, sagt IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer Thorsten Gröger. ▀



»Wir können die Herausforderungen der Zukunft wie die Digitalisierung und den Klimawandel nur solidarisch, demokratisch und mitbestimmt meistern. Deshalb war es nur konsequent, die Arbeitgeber in der Tarifrunde aufzufordern, mit uns über ein tarifliches Zukunftspaket und Entgelterhöhungen zu verhandeln.«

THORSTEN GRÖGER | Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. | Foto: IG Metall



Quelle/Infografik: IG Metall

ver.di will Sozial- und Erziehungsberufe attraktiver machen

Anfang März haben die Tarifverhandlungen für die rund 265.000 Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen in kommunalen öffentlichen Dienst begonnen. Verhandlungsziel der Gewerkschaft sind verbesserte Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in den Kindertagesstätten, der Sozialen Arbeit sowie der Behinderten- und Jugendhilfe (siehe Kasten). ver.di will so die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber erhalten und steigern, nicht

zuletzt um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Sozialpädagog*innen oder Sozialarbeiter*innen fehlen in allen Bereichen. Kitaplätze können nicht besetzt oder gesetzliche Pflichtaufgaben bei der Sozialen Arbeit manchmal kaum erledigt werden. ver.di fordert deshalb eine tarifliche Aufwertung, mehr qualifiziertes Personal, eine bezahlte Ausbildung und gesunde Arbeitsbedingungen.

Dem Tarifvertrag im öffentlichen Dienst kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, weil sich daran alle anderen Anbieter orientieren. »Was wir heute im öffentlichen Dienst erreichen, fordern wir morgen bei den freien Trägern«, erläutert ver.di-Sekretärin Katja Winglewski. Sie sieht auch den Gesetzgeber in der Pflicht, für eine bessere Personalausstattung zu sorgen. Hierzu gehöre etwa eine dritte sozialpädagogische Fachkraft in allen Kitagruppen als Mindeststandard ins niedersächsische Kitagesetz. ▀

VER.DI FORDERT:

- Mehr Geld durch Eingruppierung in eine höhere Entgeltgruppe
- Gehalts- und Lohnanstieg verbessern
- Berufserfahrung beim Wechsel des Arbeitgebers anerkennen
- Diverse Änderungen in der Behindertenhilfe berücksichtigen
- Leitungstätigkeiten besser bewerten
- Rechtsanspruch auf Qualifikation

Weitere Informationen: www.mehr-braucht-mehr.verdi.de

Hanomag Lohnhärterei: deutlich mehr Geld durch Heranführung an Flächentarifvertrag



Die Beschäftigten demonstrieren für einen Tarifvertrag.
Foto: Jelca Kollatsch/IG Metall

Der IG Metall ist es gelungen, für die 175 Mitarbeiter*innen der Hanomag Lohnhärterei in Hannover-Marienwerder erste Entgeltsteigerungen und den Einstieg für den Weg zum Flächentarifvertrag auszuhandeln. Letzteres soll mit einem Heranführungstarifvertrag

geschehen, der bis 31. März unter Dach und Fach sein sollte, so der Stand bis Redaktionsschluss. Vorausgegangen waren drei Warnstreiks.
Das Verhandlungsergebnis enthält erste Schritte, um die Entgelte und sonstigen

Arbeitsbedingungen an das Niveau der Flächentarifverträge der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsen heranzuführen. »Viele Kolleginnen und Kollegen haben ab nächstem Jahr zwischen 150 und 250 Euro brutto mehr im Portemonnaie«, erläutert Betriebsratsvorsitzender Manfred Hübschke. Im Unternehmen dominieren klassische Produktionstätigkeiten. Bisher lag der betriebliche Mindestlohn bei 10,50 Euro, zukünftig sind es 12 Euro. Das entspricht 80 Prozent des Grundentgelts, das in der Metall- und Elektroindustrie laut Flächentarifvertrag gezahlt wird. Hinzu kommen Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Die Beschäftigten profitieren auch von etwaigen Lohnsteigerungen im Zuge der aktuellen Tarifrunde.

Den Heranführungstarifvertrag haben die vielen IG-Metall-Mitglieder im Betrieb ermöglicht. »Der Organisationsgrad liegt heute bei über 80 Prozent«, sagt Hübschke. »Wir haben mit zehn Gewerkschaftsmitgliedern angefangen.« Die Hanomag Lohnhärterei ist ein Zulieferbetrieb mit Schwerpunkt in der Automobilindustrie. Stahl- und Aluminiumteile wie Zahnräder, Zylinderköpfe und Fahrwerksteile werden wärmebehandelt und so hart gemacht. Die Komponenten sind dadurch stabiler und verschleißärmer. Das Unternehmen war bis Ende der 1980er Jahre tarifgebunden, als es noch zum hannoverschen Traditionsbetrieb Hanomag gehörte. ▀



»Der Einstieg ist geschafft! Ende vergangenen Jahres gab es als Einmalzahlung 450 Euro brutto mehr. Ab nächstem Jahr dann erhalten die Kolleginnen und Kollegen dauerhaft mehr Monatsentgelt sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld.«

MANFRED HÜBSCHKE (52)
Betriebsratsvorsitzender | Jelca Kollatsch/IG Metall

Mehr Tariftreue: DGB sieht die Politik in der Pflicht

Immer weniger Unternehmen sind bereit, ihren Beschäftigten gute Arbeit durch einen Tarifvertrag zu ermöglichen. Arbeiteten 1998 noch 76 Prozent der Arbeitnehmer*innen in Westdeutschland und 63 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland in Unternehmen mit Tarifbindung, waren es vor zwei Jahren nur noch 56 beziehungsweise 45 Prozent. Ein rasanter Rückgang, für den auch die Gesellschaft als Ganzes bezahlen muss. Nach Berechnungen des DGB gehen allein den Sozialversicherungen durch Tariffucht und Lohndumping jedes Jahr knapp 25 Milliarden Euro durch die Lappen.

Um diese Entwicklung zu stoppen, sieht der DGB die Politik in der Pflicht (siehe Kasten). Besonders wichtig: Es muss leichter werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie auch in Betrieben wirksam werden, die nicht tarifgebunden sind. Bisher muss ein Antrag, einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären, im zuständigen Tarifausschuss mit Mehrheit angenommen werden. Im Tarifausschuss sitzen je drei Vertreter*innen der Arbeitgeber-

verbände und der Gewerkschaften. Die Tarifparteien, die den Antrag gestellt haben, dürfen nicht mit abstimmen. Diese Abstimmungsregelungen können die Arbeitgeberverbände nutzen, um mit ihrem Veto die Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung zu blockie-



»Es muss leichter werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Vetomöglichkeit der Arbeitgeberverbände im Tarifausschuss gehört abgeschafft.«

STEFAN KÖRZELL
DGB-Bundesvorstandsmitglied |
Foto: DGB/Simone M. Neumann

ren. Der DGB fordert deshalb, diese Vetomöglichkeit abzuschaffen, indem ein Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit nur mit Mehrheit abgelehnt werden kann. Bisher reicht ein Patt.

Um die Tarifbindung der Unternehmen wieder zu erhöhen, kommt auch der Verga-

DGB-FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK:

- Vetomöglichkeit der Arbeitgeberverbände im Tarifausschuss abschaffen. Ein Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrags darf zukünftig nur noch mit Mehrheit abgelehnt werden können.
- Öffentliche Aufträge und Fördergelder nur an Unternehmen mit Tarifbindung.
- Nachwirkung von Tarifverträgen bei Betriebsübergängen und Betriebsabsaltungen verbessern, bis im neuen Betrieb ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde.
- Mitgliedschaften ohne Tarifbindung in Arbeitgeberverbänden einschränken.
- Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gegen Tarifbruch sowie Verstöße gegen gesetzliche Mindestvorschriften.
- Tarifverträge für Soloselbstständige erleichtern.

be staatlicher Aufträgen eine Schlüsselrolle zu. Jedes Jahr vergeben Bund, Länder und Kommunen Aufträge in Höhe von 450 bis 500 Milliarden Euro. Das entspricht immerhin 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Würde der Staat nur noch Aufträge an Firmen mit Tarifbindung vergeben, könnte er den Druck auf die Arbeitgeber*innen, Tarifverträge abzuschließen, deutlich erhöhen. Deshalb fordert der DGB eine Regelung zur Tariftreue auf Bundesebene und die Verga-

bebesetze der Länder nachzubessern. Dabei soll bei der Ausschreibung des Auftrags ein Tarifvertrag zur Bedingung für den Zuschlag gemacht werden. Das ist auch laut einem Gutachten des Rechtswissenschaftlers Rüdiger Krause, Professor an der Universität Göttingen, mittlerweile möglich. Die Bundesländer Thüringen und Berlin haben daraufhin schon ihre Vergabegesetze geändert, andere wie Sachsen haben das vor. ▀

Rechtsanwalt | Fachanwalt für Arbeitsrecht
HANS-HEINRICH BRAUL

Hämelerwalder Straße 28 | 31275 Lehrte
Telefon 05175 3192285 | Fax 05175 3192286
E-Mail: hans.braul@ra-braul.de

PETRA BEITLICH
Rechtsanwältin | Fachanwältin für Familienrecht

Trennung · Scheidung
Unterhalt · Sorgerecht
Ich stehe an Ihrer Seite!

Alexanderstraße 2 | 30159 Hannover
Telefon 0511 326301 | info@ra-beitlich.de | www.ra-beitlich.de

AH ARBEITNEHMERANWÄLTE HANNOVER
Politische Arbeitnehmervertretung!

Olivia Günter | Annika Wheeler | Svenja Meergans | Detlef Fricke

Schulenburg Landstraße 20B | 30165 Hannover | T: +49 (0) 511-70074-0 | F: +49 (0) 511-70074-22
E-Mail: info@arbeitnehmeranwaelte-hannover.de | www.arbeitnehmeranwaelte-hannover.de

DER GEWERKSCHAFTLICHE RECHTSSCHUTZ
Vernetzt. Engagiert. Solidarisch.

DGB Rechtsschutz GmbH
Arbeitseinheit Hannover-Hildesheim-Hameln

Büro Hannover
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover
Tel: +49 511 21 57 08-0
Fax: +49 511 21 57 08-70

Gewerkschaften kämpfen für Tarifbindung

Erfolgreiche Kampagnen vor Ort



Werner Preissner, Vorsitzender des DGB-Stadtverbands Hannover, spricht auf einer Protestkundgebung der NGG für einen Haustarifvertrag bei der Gildebrauerei. Foto: DGB

Mit kreativen Kampagnen unterstützt der DGB die Einzelgewerkschaften mit dem Ziel, die Tarifbindung insgesamt durch Tarifverträge vor Ort zu erhöhen. »Wir treten auf den Plan, wenn Gewerkschaften Auseinandersetzungen um Tarifverträge führen, um den Kampf der Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu unterstützen und so zusätzlichen Druck aufzubauen«,

umschreibt DGB-Regionsgeschäftsführer Torsten Hannig einen Strang der Aktionen. »Wir organisieren Solidarität.« Der DGB unterstützt dabei die kämpfenden Kolleg*innen nicht nur durch flankierende Maßnahmen, etwa bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er wirbt vor allem auch bei den Einzelgewerkschaften dafür, sich bei Aktionen gegenseitig zu unter-

stützen, um möglichst viele Beschäftigte für Protestaktionen und Demonstrationen zu mobilisieren. Im Fall der Gildebrauerei und der Hanomag Lohnhärtere in Hannover sei das recht gut gelungen, betont Hannig.

In Zukunft soll es aber nicht dabei bleiben, Betriebe zu brandmarken, die keinen Tarifvertrag haben. Der DGB Niedersachsen-Mitte will auch Vorzeigeunternehmen vor Ort würdigen. »Es geht um Betriebe, in denen die Geschäftsführung erkannt hat, dass Tarifbindung ein Imagegewinn fürs Unternehmen ist und zugleich Arbeitszufriedenheit und -produktivität der Kolleg*innen steigert«, sagt Hannig. Er denkt dabei etwa an die Forbo Siegling GmbH in Hannover. Beim Hersteller von Transportbändern und Antriebsriemen wurde durchgesetzt, dass Gewerkschaftsarbeit im Rahmen der Vertrauensleutearbeit in der Arbeitszeit erledigt werden kann. »Wir können mindestens viermal im Jahr eine Sitzung der Vertrauensleute machen, die als Arbeitszeit anerkannt wird«, freut sich Betriebsratsvorsitzender Johannes Waldmann.

Lobbyarbeit bei Kommunalpolitiker*innen

Gerade kleinere Kommunen vergeben Aufträge oft auch an Unternehmen ohne Tarif-

bindung. Der DGB Niedersachsen-Mitte hat deshalb alle Städte und Gemeinden in der Region angeschrieben. Gefragt wird, ob die Kommune nach Tarif bezahlt und kommunale Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen vergibt. Passiert das nicht, wird der DGB mit Mitgliedern vor Ort aktiv. »Wir fragen die Kommunalpolitiker*innen, warum sie die öffentlichen Aufträge nicht tarifgebunden vergeben, zeigen die negativen Folgen auch für die Kommune auf und beglei-



»Wir suchen Unternehmen auf, in denen es Auseinandersetzungen gibt, um Tarifverträge durchzusetzen. Wir organisieren Solidarität.«

TORSTEN HANNIG
DGB-Regionsgeschäftsführer | Foto: privat

ten das mit Veranstaltungen«, erläutert Torsten Hannig. Dabei werde auch versucht, Verbände, Kirchen und sonstige Initiativen mit ins Boot zu holen. Das sei bisher in Nienburg gelungen, berichtet er. »Da sind wir gut vernetzt.«

enercity: Haustarifvertrag sichert Beschäftigung in turbulenten Zeiten



ver.di-Sekretärin Blanca Blancke hat die Tarifverhandlungen erfolgreich geführt. Sie ist Mitglied im Aufsichtsrat von enercity.

Foto: Jonas Gonell

Mit der Digitalisierung sowie dem Ende der Kohleverstromung und damit dem Auslaufen alter Geschäftsfelder steht die Energiebranche vor großen Umwälzungen. Um die Weichen beim hannoverschen Energieversorger enercity dauerhaft für die Zukunft zu stellen, haben ver.di und Betriebsrat mit der Unternehmensführung einen »Tarifvertrag

sogenannte Jobperspektive für die Beschäftigten auf. Sie können sich für die neuen Aufgaben auf Betriebskosten weiterqualifizieren, verbunden mit einer Zukunftsperspektive im Unternehmen, wenn ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr gebraucht wird. Die Sicherung von Mitbestimmung und Entgelthöhe runden den Haustarifvertrag ab. »So nehmen wir unseren Kolleginnen und Kollegen die Existenzangst, erzeugen Vertrauen und damit die notwendige Veränderungsbereitschaft in Zeiten großer Unsicherheit«, betont der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Frank Schröder.

Im Gegensatz zu einer Betriebsvereinbarung entfaltet der Tarifvertrag eine deutlich höhere Rechtssicherheit. Der Arbeitgeber kann ihn nicht so einfach kündigen, auch wenn es im Betrieb einmal wirtschaftlich bergab gehen sollte. Entsprechend schwierig sei es gewesen, ihn gegenüber der Geschäftsführung durchzusetzen, berichtet Schröder. Schließlich habe der Vorstand aber erkannt, dass man die Herausforderungen der Zukunft nur gemeinsam mit dem Personal meistern könne. Nur ein

war das Eis gebrochen.« Schröder berichtet seit geraumer Zeit vermehrt von Gewerkschaftseintritten, nachdem es früher eher

einen Abwärtstrend gegeben habe. »Wir wollen dieses Jahr die tausender Marke knacken«, sagt er.



»Der für die Kolleginnen und Kollegen so wichtige Haustarifvertrag ist aus der Handlungsstärke der organisierten ver.di-Mitglieder und einer starken Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat erwachsen – vor allem aber auch aus dem Verständnis, dass man die Zukunft bei enercity nur angstfrei gemeinsam meistern kann.«

FRANK SCHRÖDER (54), stellv. Betriebsratsvorsitzender enercity
Foto: Archiv enercity

zur Zukunft und Beschäftigungssicherung abgeschlossen. Danach gibt es bis zum 1. Januar 2028 keine betriebsbedingten Kündigungen. Niemand muss Angst haben, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Zugleich baut das Unternehmen im Rahmen des betrieblichen Veränderungsprozesses eine

Tarifvertrag gebe den Beschäftigten die Sicherheit, die erforderlich sei, um sich den neuen Anforderungen erfolgreich stellen zu können, betont er.

»Als wir dann auf einer Betriebsversammlung mit rund 1.200 Kolleginnen und Kollegen einen Haustarifvertrag forderten,

Antifaschismus ist und bleibt gemeinnützig!

Der Entzug der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes der Vereinigten Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) durch das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin muss zurückgewiesen und revidiert werden.

Dafür braucht es eine couragierte sowie kritische Öffentlichkeit und Dein Engagement!

Die nun in ihrer Existenz akut bedrohte VVN-BdA ist ein überparteilicher und unabhängiger Zusammenschluss von Antifaschist*innen aller Generationen. Auch andere wichtige Vereine sind betroffen. **Die VVN-BdA ist die größte und älteste Antifa-Organisation in der BRD.** Gegründet wurde sie 1947 von Verfolgten des Naziregimes, meist waren es antifaschistische Widerstandskämpfer*innen.

Die 94-jährige VVN-BdA-Ehrenvorsitzende, Antifaschistin und Schoa-Überlebende **Esther Bejarano** kritisierte Finanzminister Olaf Scholz Ende November 2019 für seine fatalen »Reform«-pläne des Gemeinnützigkeitsrechts wie folgt:

»Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!«.

V.i.S.d.P.: VVN-BdA e. V., Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Protestieren

t1p.de/petition-vvn

Informieren

vvn-bda.de

Engagieren

vvn-bda.de/mitglied-werden

»Wir können Tariftreue wieder im Landesvergabegesetz regeln«

DGB-Wirtschaftsexperte Johannes Grabbe sieht bei den Auftragsvergaben des Landes viel Luft nach oben



JOHANNES GRABBE (36) ist Abteilungsleiter für Wirtschaft-, Energie- und Umweltpolitik des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt.
Foto: DGB/Thomas Langreder

MAIZEITUNG: Einige Bundesländer haben in ihren Gesetzen zur Vergabe öffentlicher Aufträge einen vergabespezifischen Mindestlohn festgeschrieben, der über dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn liegt. In Brandenburg etwa sind es 10,68 Euro Stundenlohn, bald sollen es 13 Euro sein. Wollen Unternehmen zum Zuge kommen, müssen sie mindestens diesen Lohn zahlen, der näher am Tariflohn liegt. Wie sieht das in Niedersachsen aus?
Johannes Grabbe: In Niedersachsen haben wir keinen vergabespezifischen Mindestlohn. Das Land zieht sich auf den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und die

Branchenmindestlöhne nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zurück. Die Landesregierung vergibt damit eine große Chance, die Lohnkonkurrenz zu Lasten tariflicher Beschäftigung einzudämmen. Ziel müsste sein, tarifgebundene Unternehmen vor Konkurrenzbetrieben zu schützen, die Dumpinglöhne zahlen.
Was fordert der DGB, um diese unbefriedigende Situation zu ändern? Wir sagen: Wo öffentliches Geld fließt, müssen Tarifverträge gelten! Vergabespezifische Mindestlöhne sind nur ein Hilfsmittel, um diesem Ziel näherzukommen. Deshalb haben wir mit der Ausweitung der Tariftreue eine weitergehende Forderung entwickelt: Um Gute Arbeit sicherzustellen, dürfen

öffentliche Aufträge nur noch an Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer vergeben werden, die sich an einen zuvor für repräsentativ erklärten Tarifvertrag einer Branche halten. Bisher haben wir diese Tariftreue in Niedersachsen nur beim öffentlichen Personennahverkehr, also bei der Vergabe von Bus- und Bahn-Leistungen.

Verstößt eine öffentliche Vergabe zu Tarifbedingungen denn nicht gegen europäisches Recht? Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in der Vergangenheit die Möglichkeit umfassender Tariftreuevorgaben stark eingeschränkt. Die Richter*innen erklärten mit ihrem sogenannten Ruffert-Urteil solche Tariftreue-Regelungen für unzulässig, die es bis 2008 auch in Niedersachsen schon einmal gab. Der öffentliche Nahverkehr ist europarechtlich ein Ausnahmehereich.

Der Europäische Gerichtshof hatte damals mit seinem Ruffert-Urteil entschieden, dass die niedersächsischen Tariftreueklauseln gegen die EU-Entsenderichtlinie verstoßen. Aber seitdem ist viel passiert. Die rechtliche Entwicklung der vergangenen Jahre auf europäischer Ebene ist eindeutig: Die Änderungen der Vergabe- und Entsende-Richtlinie haben dem Ruffert-Urteil die Argumentationsbasis entzogen. Auch die neuere Rechtsprechung des EuGH weist in diese Richtung. Unsere juristische Einschätzung - sowohl vom DGB als auch von der IG BAU - ist, dass wir Tariftreue wieder im Landesvergabegesetz regeln können.

Es ist also ein rechtlicher Streitfall. Dann könnte man doch auf die Idee kommen, das einfach mal auszuprobieren mit der Tariftreue.

Es liegt mittlerweile ein Rechtsgutachten im Auftrag des saarländischen Wirtschaftsministeriums vor, das den rechtlichen Spielraum aufzeigt. Wir hätten uns eine ernsthaftige Prüfung zur Ausweitung der Tariftreue

auch in Niedersachsen gewünscht. Es reicht nicht zu sagen: »Da gab es 2008 einmal ein Urteil, und das war's.« Die Landesregierung darf sich auf keinen Fall aus Angst vor einem zweiten Ruffert-Urteil lähmen lassen. Wir haben gemeinsam mit der IG BAU konkrete Vorschläge gemacht, wie man die Tariftreue schrittweise ausweiten kann. Man könnte mit dem Bauhauptgewerbe beginnen und bei erfolgreicher Einführung weitere Branchen einbeziehen.

Hat das Land weitere Stellschrauben, um bei der Auftragsvergabe Gute Arbeit für die Beschäftigten durchzusetzen?

Hier lohnt sich ein Blick nach Bremen. Dort gibt es Tariftreue für Bauleistungen unterhalb des Schwellenwerts, der eine europaweite Ausschreibung erfordert. Dieser Schwellenwert liegt derzeit bei 5,5 Millionen Euro. Wenn man Bauaufträge nicht europaweit ausschreiben muss, weil der Schwellenwert unterschritten wird, gilt in Bremen Tariftreue. Bei vielen Bauaufträgen ist das so.

Um den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern, darf es keine langen intransparenten Untervergabeketten mehr geben. Diese sollten auf maximal drei Glieder gesetzlich beschränkt werden. Ohne diese Begrenzung von Untervergaben an Subunternehmen leidet die Transparenz enorm. Effektive Kontrollen der wesentlichen Standards bei den Unterauftragnehmern werden erschwert.

Denn generell gilt: Gesetze entfalten nur dann Wirkung, wenn sie auch kontrolliert werden. Wir fordern eine Kontrollquote von mindestens zehn Prozent und die Einrichtung einer Landeskontrollbehörde. Das Saarland hat damit gute Erfahrungen gemacht. Eine hiesige Kontrollbehörde wäre auch eine Entlastung für die Kommunen, die diese Kontrollfunktion nicht im notwendigen Umfang leisten können. ▀

DIE DEMOGRAFIEAGENTUR – EINRICHTUNG DER SOZIALPARTNER ZUR UNTERSTÜTZUNG BETRIEBLICHER VERÄNDERUNGSPROZESSE.

Demografie Agentur
Demografieagentur für die Wirtschaft GmbH
Günther-Wagner-Allee 23
30177 Hannover
Telefon 0511 16990-900
info@demografieagentur.de
www.demografieagentur.de

Teilhabe am Arbeitsmarkt in der Region Hannover

Mit dem neuen Förderinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ finden Arbeitsuchende wieder eine sinnvolle Tätigkeit.

Sie können aktiv dazu beitragen, indem Sie Arbeitsplätze für Menschen schaffen, die schon lange auf Leistungen vom Jobcenter angewiesen sind.

Wir können die Beschäftigung fördern, mit bis zu 100 Prozent der Lohnkosten, Kosten für Weiterbildung und ein begleitendes Coaching.

Mehr Infos finden Sie auf www.jobcenter-region-hannover.de

JOB CENTER REGION HANNOVER

„MENSCHEN UND ORGANISATIONEN ENTWICKELN“

QUBIC: Erfahrene Beratungspartner, auch für Gewerkschaften und Betriebsräte.

QUBIC
BERATERGRUPPE GMBH

WWW.QUBIC.DE

Du hast uns gerade noch gefehlt!

Die AWO als Arbeitgeber – wir suchen Erzieher/Erzieherinnen, sozialpädagogische Assistenzen, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen

www.awo-hannover.de

AWO Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.

SOLIDARISCH 1. MAI 2020
IST MAN NICHT ALLEINE!

DGB
www.dgb.de/erstermai

MAIKUNDGEBUNG & FEST FÜR DEMOKRATIE AN DER GOSERIEDE

VERANSTALTUNGEN, FREITAG, 1. MAI

MAIDEMONSTRATION
9.00 UHR SAMMELN DES DEMONSTRATIONSZUGES
 Freizeithaus Linden

10.00 UHR BEGINN DER DEMONSTRATION

11.00 UHR HAUPTKUNDGEBUNG GOSERIEDEPLATZ
 Moderation: **Christian Hoffmann**
 Pressesprecher der GEW Niedersachsen
 Begrüßung: **Nico Lopopolo**
 Vorsitzender DGB Stadtverband Region Hannover
 Grußwort: **Belit Onay**
 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
 Beitrag: **Jugendbündnis**
 Mairedner: **Torsten Westphal**
 Vorsitzender der EVG

AB 12.00 UHR INTERNATIONALE MAIFEIER
 Zelte der Gewerkschaften, Stände von Kirchen und Verbänden, Jugendbündnis, Infomeile, internationale Speisen und Getränke, viele Überraschungen und Musik

AUSSERDEM: KINDERZELT mit Basteln, Schminke- und Malaktionen, KINDERZIRKUS und Überraschungen

KULTURFEST It's M.E.
 Jürgen Fastje

AUSSTELLUNG: HANNOVERSCHER ARBEITERBEWEGUNG
 ver.di-Höfe Haus B, 1. Etage

DONNERSTAG 30. APRIL
20.00 UHR KULTURPROGRAMM AM VORABEND
 Einlass ab 19.00 Uhr
 Vorprogramm: Gerrit Wilanek
 Hauptprogramm: René Sydow, Kabarett

KULTUR AUF DEM 1. MAI-FEST

Nach der traditionellen Maikundgebung der hannoverschen Gewerkschaften werden wir auch in diesem Jahr zwei Bands mit tollen Rhythmen und guten musikalischen Mischungen präsentieren auf das Konzerterlebnis an der Goserieede in Hannover.

IT'S M.E. QUINTET



Das It's M.E. Quintet ist eine Band aus Hannover, die aus fünf Mitgliedern besteht. Die Band hat einen sehr breiten Stil, der von Rock bis hin zu Jazz reicht. Sie spielen live und haben auch schon auf mehreren Festivals gespielt. Die Band ist sehr vielseitig und hat eine sehr gute Live-Performance. Sie haben auch schon einige Singles veröffentlicht und sind sehr beliebt bei den Fans. Die Band ist ein tolles Beispiel für eine erfolgreiche lokale Musikszene.



Jürgen Fastje ist ein Musiker und Komponist aus Hannover. Er spielt Gitarre und singt. Er hat eine sehr vielseitige musikalische Ausbildung und hat in vielen Genres gearbeitet. Er ist ein sehr talentierter Musiker und hat schon viele Hits geschrieben. Er ist ein sehr beliebter Musiker und hat eine große Fangemeinde. Er ist ein tolles Beispiel für einen erfolgreichen Musiker aus der Region Hannover.

DIESES JAHR WARTET DIE MAIFEIER AUF EINEN REICHEN KULTURPROGRAMM AM VORABEND

Das Programm wird von der DGB Region Niedersachsen Mitte organisiert und ist ein tolles Beispiel für eine erfolgreiche lokale Musikszene. Es wird von den Mitgliedern der DGB Region Niedersachsen Mitte organisiert und ist ein tolles Beispiel für eine erfolgreiche lokale Musikszene.

KIRCHEN ZUM 1. MAI
ÖKUMENISCHEN KIRCHENZELT
»FARBENFROH UND VIELFÄLTIG«

Begegnungen und Gespräche, Zelt-Café und Cocktails, Information der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche beim Fest für Demokratie an der Goserieede.

ab 12.30 Uhr TALK AN DER WELTKUGEL
»SOLIDARISCH IST MAN NICHT ALLEINE...«
 DIALOG ZWISCHEN RELIGIONEN, GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK

Evangelisch-lutherischer Stadtkirchenverband HANNOVER
 kda kirche-arbeitswelt.de
 Katholische Kirche in der Region Hannover

VORPROGRAMM AM VORABEND

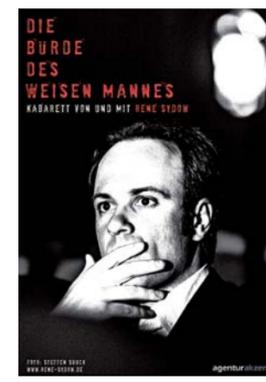
VERSTÄNDNIS
 DONNERSTAG, 30. APRIL 2020 | 20.00 UHR | EINLASS 19.00 UHR
 DGB BCE HAUPTVERWALTUNG | FOYER | Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

KABARETT VON UND MIT RENÉ SYDOW
DIE BÜRDE DES WEISEN MANNES

VORPROGRAMM: GERRIT WILANEK | POETRY SLAM



Gerrit Wilanek Foto: Matthias Stehr



René Sydow Foto: Steffen Suuk

Das kann ja lustig werden! Poetry Slammer und Storyteller Gerrit Wilanek aus Hannover tritt ans Mikrophon. Mit seinen Geschichten bringt er Menschen zum Lachen und Nachdenken, gern auch gleichzeitig. Getreu seinem Motto »Schneller als Du denkst! ...aber zum Glück denkst du ja nicht so schnell.«

Warum wird die Welt nicht klüger, obwohl der Zugang zu Wissen noch nie so leicht war? Wer ist Schuld an diesem Elend? Und wer trägt die Bürde des weisen Mannes?

René Sydow, Träger des Deutschen Kabarettpreises, geht hier der Frage nach, was uns zum Menschen macht. Mit seinem Fokus auf Bildung in all seinen Facetten bringt René Sydow eines der zwingendsten Themen der heutigen Zeit auf die Bühne und sezziert dieses mit fein ziselierter Wortarbeit. Keine dummen Lehrerwitze, kein Gag über pröhlige Schüler, Sydow liefert einen hochkomischen philosophischen Exkurs über alles, was uns zum Menschen bildet. Er bringt so nicht nur die Lachmuskeln, sondern auch Herz und Hirn zum Schwingen. Zum Schreien traurig und schockierend lustig.

»In seiner Schonungslosigkeit und brachialen Wortgewalt nur mit Georg Schramm vergleichbar.« DEWEZET

IMPRESSUM
 Herausgeber: DGB Region Niedersachsen Mitte | V.i.S.d.P.: Steffen Holz
 Redaktion: Michael Fleischmann, info@fleischmann-consult.de | Steffen Holz, steffen.holz@dgb.de
 Layout & Satz: Anette Gilke, mail@anettegilke.de | Druck: Druckzentrum Braunschweig

Gilde Brauerei: Beschäftigte kämpfen für Tarifvertrag

NGG und Betriebsrat fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit



Foto: Julian Weinz

Bei der Gilde Brauerei tobt seit Monaten ein heftiger Arbeitskampf. NGG und Betriebsrat fordern einen Haustarifvertrag für die rund 130 Beschäftigten. Dieser erlosch vor vier Jahren mit dem Verkauf des Unternehmens an die TCB Beteiligungsgesellschaft mbH.

Der Arbeitgeber will seitdem nicht über einen Tarifvertrag verhandeln. Die Gilde schreibe jedes Jahr rote Zahlen, heißt es zur Begründung. Für NGG und Betriebsrat eine Schutzbehauptung, weil die Bierproduktion deutlich gestiegen ist. Die Brauerei konnte den Ausstoß von anfangs rund 300.000 Hektoliter auf circa 850.000 Hektoliter im vergangenen Jahr steigern. Die Belegschaft wuchs um mehr als 60 neue Kolleg*innen. Diese bekommen nach NGG-Angaben für die gleiche Arbeit bis zu 15.000 Euro brutto weniger im Jahr als die Altbeschäftigten. Das Urlaubsgeld ist mit 500 Euro nur halb so hoch, und Weihnachtsgeld wird gar nicht mehr gezahlt. »Abgesehen vom Geld, das mir verloren geht, brauche ich einen Tarifvertrag, um langfristig eine gewisse Sicherheit zu haben«, sagt ein Beschäftigter, der seinen Namen aus Angst vor Repressalien nicht in der Zeitung lesen möchte.

Tarifansprüche müssen vor Gericht durchgesetzt werden

Aufgrund ihrer Arbeitsverträge und der darin enthaltenen dynamischen Bezugsklauseln haben die Altbeschäftigten zwar noch zu einem Großteil Anspruch auf den niedersächsischen Brauereitarif. Sie müssen ihre Tarifansprüche aber vor Gericht einklagen, weil sich der Arbeitgeber weigert, Entgelterhöhungen zu bezahlen. »Wir mussten unsere Tarifansprüche vor drei Jahren vorm Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht durchkla-

ren«, berichtet Betriebsratsvorsitzender Julian Weinz. »Auch die Entgelterhöhung aus dem vergangenen Jahr werden wir wieder gerichtlich durchsetzen müssen – weil sich der Arbeitgeber einfach weigert, die Arbeitsverträge zu erfüllen.«

Die TCB kauft seit 2003 Brauereien auf. Damals erwarb das Unternehmen das Frankfurter Brauhaus in Frankfurt/Oder, heute noch der Firmensitz der Gesellschaft. In den Folgejahren wuchs sie durch Zukäufe der



»Wir brauchen gleiche Arbeitsbedingungen für alle Kolleg*innen, gleiche Arbeit muss gleich vergütet werden!«

JULIAN WEINZ (35)
Betriebsratsvorsitzender | Foto: Michael Fleischmann

Brauerei Champigneulles, eine der größten Brauereien Frankreichs, der Feldschlösschen Brauerei in Dresden und schließlich der Gilde. Derzeit liegt TCB mit einem Jahresausstoß von 8,5 Millionen Hektolitern auf Platz zwei im deutschen Biermarkt.

Mit Wildwestmethoden gegen die Beschäftigten

In einer Urabstimmung votierten 94 Prozent der NGG-Mitglieder in geheimer Wahl für die Fortsetzung der Streiks, nachdem die Muttergesellschaft angekündigt hatte, die Gilde Brauerei in vier einzelne Gesellschaften aufzuspalten. Das geschah schließlich Ende November. Seitdem gibt es auf dem Firmengelände mit der Brauerei GmbH die Kerngesellschaft,



»Die Verweigerungshaltung der Gilde-Geschäftsführer hat im 21. Jahrhundert nichts mehr zu suchen. Sozialpartnerschaft gehört respektiert statt ignoriert.«

LENA MELCHER (32)
NGG-Regionsgeschäftsführerin | Foto: privat

dazu die Leine Logistik GmbH, die Fass- und Flaschenabfüllung und die Dosenabfüllung – allesamt Töchter der TCB. »Die Aufspaltung wurde in einer Nacht- und Nebelaktion morgens um 4 Uhr durchgezogen«, berichtet ein Mitarbeiter der Logistikgesellschaft. »Das war schon heftig: Sicherheitspersonal war im Einsatz, die Leute mussten sich umziehen und die Schränke leerräumen. Es herrschte das blanke Chaos.« Die Geschäftsführung ließ überdies Trennwände in der Kantine und in Teilberei-

chen der Produktion aufbauen. Seit Ende Januar durften Mitarbeiter*innen wiederholt nicht das Betriebsgelände betreten. Zunächst war die Dosenabfüllung von Aussperrungen betroffen, später auch andere Gesellschaften.

Auch wenn die Streiks derzeit zur Anbahnung von Gesprächen pausieren, stehen die Zeichen bei der Gilde Brauerei weiter auf Arbeitskampf. Dafür brauchen die tapferen Beschäftigten die Unterstützung der gesamten Stadt. ▀

MAIVERANSTALTUNGEN IN DER REGION

VERANSTALTUNGSORT	REDNER*IN	BEGINN
Alfeld Marktplatz	Markus Wente IG Metall Bezirksleitung für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt	10:30 Uhr
Barsinghausen Mont-Saint-Aignan-Platz	Ingo Arlt IG Metall Hannover	10:00 Uhr
Bad Münder Steinhof	PODIUM Integration von Flüchtlingen mit: Stefan Rüter IG BCE Ortsgruppe Bad Münder Hartmut Büttner Bürgermeister Soltmann Leiter der Ortsgruppe Hauptverwaltung	10:00 Uhr
Barnstorf Rathausplatz	Ralf Beck IG BCE Landesbezirk	11:00 Uhr
Lehrte Rathausplatz	Dr. Bernward... Ministerpräsident, ... Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, ... Minister für die Vertrauensleute des...	10:00 Uhr
Hameln Bürgergarten	... Organisationssekretärin IG Metall	10:45 Uhr
Hildesheim	... Bundesverwaltung Fachbereich ... Bundesfachgruppen- ... Europa	10:00 Uhr
Hameln	Robert Wycislo IG Metall Hameln-Alfeld-Hildesheim	11:00 Uhr
Nienburg	Martin Bender DGB Bezirk Niedersachsen Frank Schmidt-Hullmann Bundesvorstand Gewerkschaft IG Bauen, Agrar und Umwelt	10:00 Uhr
Stadthagen	Lars Niggemeyer DGB Bezirk Niedersachsen Gelände, Probsthäger Str. 4	11:00 Uhr

ABGESAGT!
Aufgrund der aktuell unvorhersehbaren Entwicklung werden die Veranstaltungen rund um den 1. Mai bis auf Weiteres abgesagt. Weitere Informationen unter: www.niedersachsen-mitte-dgb.de



Beratung sofort nach Beitritt.



Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.

Unsere Mitglieder wissen mehr!

Bürostunden
Mo., Di., Do.: 8.00–17.30 Uhr
Mi.: 8.00–16.00 Uhr
Sa.: 10.00–13.00 Uhr

Außenstellen | Geschäftsstelle
Celle, Schaumburg (Obernkirchen)
Nienburg, Hoya, Springe, Neustadt, Soltau.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover
Telefon 0511/121060
info@dmb-hannover.de
www.dmb-hannover.de

ZEIT FÜR BILDUNG

Beratung
Seminare für Interessenvertretungen
Weiterbildung
Beratung für junge Erwachsene
Bildungsurlaube
Industriemeisterkurse berufs- und schichtbegleitend
Bildungsgutscheine
Hauptschulabschlusskurse



Bildungsprogramme und Infos:
Telefon: 0511 12105-0
www.aul-nds.de



»Wir brauchen endlich die gleiche Bezahlung fürs Lehramt an allen Schulformen«

GEW-Landesgeschäftsführer Rüdiger Heitefaut zum Lehrer*innenmangel an Niedersachsens Schulen

MAIZEITUNG: Nach Ansicht der Landtagsopposition führt der Lehrer*innenmangel spätestens im kommenden Schuljahr zu einer dramatischen Situation. Übertriebene Panikmache?

Rüdiger Heitefaut: Es gibt Probleme mit der Besetzung von Stellen gerade in den nicht-gymnasialen Schulformen: bei Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen, aber auch bei den Gesamtschulen. Das liegt daran, dass in den vergangenen Jahren kaum noch Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich ausgebildet worden sind.

Warum?

Die ehemalige CDU-FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Christan Wulff hatte Studienplätze gestrichen, weil sie glaubte, es gäbe einen deutlichen Schülerrückgang. Das betrifft insbesondere das Lehramt an Förderschulen, dort wurden 50 Prozent der Studienplätze abgebaut, aber auch die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen. Durch die Schließung der Studienstandorte für diesen Ausbildungsbereich in Hannover und Göttingen sind die Studierendenzahlen zurückgegangen. Dieser Mangel ist politisch verschuldet und kommt jetzt auf dem Arbeitsmarkt an. Es stehen fast ausschließlich Gymnasiallehrkräfte zur Verfügung.

Die offizielle Statistik des Kultusministeriums vom September vergangenen Jahres weist eine Unterrichtsversorgung von 99,6 Prozent aus. Das klingt doch recht zufriedenstellend.

Das heißt, es gibt Schulformen mit mehr als 100 Prozent und Schulformen mit weniger als 100 Prozent Unterrichtsversorgung. Von weniger Unterrichtsversorgung sind vor allem die berufsbildenden Schulen, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen und die Gesamtschulen betroffen. Nur die Gym-



nasien und die Grundschulen hätten nach statistischer Betrachtungsweise eine auskömmliche Unterrichtsversorgung. Wirklich auskömmlich ist es aber auch dort nicht, weil Fortbildungen, Krankheiten und Elternzeiten nicht eingerechnet sind. Man bräuchte deshalb eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 bis 108 Prozent, um die Stundentafel an allen Schulformen abbilden zu können. Unterrichtsausfall und Engpässe gibt es an allen Schulformen.

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) will dieses Jahr 3.700 Lehrer*innen neu einstellen – ein Rekord. Das Kultusministerium hat unter der SPD erkannt, dass die Fehler von früher ausgeglichen werden müssen. Die Frage ist nur, wird man diese Lehrkräfte auch finden, um die Stellen zu besetzen? Wenn man bedenkt, dass die

RÜDIGER HEITEFAUT (61) ist Geschäftsführer des GEW-Landesverbandes.

Foto: GEW

Ausbildung einer Lehrkraft ungefähr acht Jahre dauert, ist man gezwungen, Notmaßnahmen zu ergreifen. Das ist kurzfristig versucht worden durch die Einstellung von Quereinsteigern und die Einstellung von Gymnasiallehrkräften über den Bedarf hinaus, die dann an andere Schulformen abgeordnet wurden, um dort zu unterrichten. Das hat aber nicht zu einer besseren Unterrichtsversorgung an den nicht-gymnasialen Schulformen geführt.

Was fordert die GEW, um den Lehrer*innenmangel zu beheben?

Wichtig ist, diesen Beruf attraktiver zu machen, um Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zu bewegen, nach Niedersachsen zu kommen. Für uns heißt das konkret: bessere Bezahlung auf dem Besoldungsniveau von A 13 für alle Lehrämter. Bisher bekommen nur Lehrer*innen an Gymnasien, Berufsschulen und Förderschulen A 13, obwohl die Anforderungen an den Beruf an allen Schulformen gleichwertig, wenn auch nicht gleichartig sind. In einem ersten Schritt hat die Landesregierung zum 1. August eine Zulage von 97,27 Euro im Monat für diejenigen gewährt, die A 12 beziehungsweise E 11 nach Tarif-Beschäftigten-Verhältnissen bekommen. Wir fordern die Landesregierung auf, den nächsten Schritt hin zu A 13 noch in diesem Jahr zu gehen, um die Differenz von insgesamt 500 Euro weiter abzubauen. Dafür muss es einen Stufenplan geben, der verbindliche Perspektiven für die Lehrkräfte eröffnet. Passiert das nicht, drohen hiesige Lehrkräfte in Bundesländer abzuwandern, die besser zahlen wie Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Hessen oder Thüringen.

Wir fordern eine Entlastung für ältere Lehrkräfte, um durch längeres Verbleiben der Kolleg*innen im Dienst die Unterrichtsversorgung besser als bisher zu sichern. Bisher

gehen 90 Prozent vorzeitig in den Ruhestand, weil sie es nicht mehr schaffen, weil die Arbeitsbelastung im Alter steigt. Deshalb gab es früher eine Altersermäßigung von einer Stunde weniger Unterricht für Lehrkräfte ab 55 und eine zweite Stunde weniger Unterricht ab dem 60. Lebensjahr. Zurzeit gibt es nur die Altersermäßigung ab 60. Wir fordern eine zweite Stufe der Altersermäßigung vor dem 60. Lebensjahr. Das muss verbindlich geregelt werden, damit die Kolleginnen und Kollegen wissen: Wenn ich älter werde, bekomme ich eine Entlastung und kann dann meinen Beruf länger ausüben.

Wenn die Politik von den Schulen immer mehr Leistungen fordert, dann brauchen die Schulen mehr sogenannte Anrechnungstunden für Projekte und zur Entlastung besonders beanspruchter Kolleginnen und Kollegen. Das hat zwei Effekte: erstens Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen und ein besseres Arbeitsklima; zweitens eine höhere Zufriedenheit bei Schülerinnen und Schülern und den Eltern und damit mit dem Bildungssystem in Niedersachsen insgesamt.

In Schulen arbeiten nicht nur Lehrkräfte. Was ist mit Schulsozialarbeiter*innen sowie pädagogischen und therapeutischen Fachkräften, Stichwort: multiprofessionelle Teams?

Die Landesregierung hat für diese Fachkräfte nur Zwangsteilzeitstellen bis zu maximal 80 Prozent der Regelarbeitszeit und einer Eingruppierung bei E 9 gewährt. Damit findet man auf dem Arbeitsmarkt niemanden. Unsere Forderung ist: Das Land muss als Arbeitgeber allen Beschäftigten die Möglichkeit geben, Vollzeit zu arbeiten. Das würde auch die Qualität verbessern. Profitieren würden vor allem Förderschulen und Schulen, die im Ganztagsbetrieb arbeiten, und der Ausbau der Inklusion. ▀

DGB-Jugend fordert landesweites Azubi-Ticket für 365 Euro im Jahr

Die DGB-Jugend fordert für Auszubildende ein 365-Euro-Jahresticket, das in Niedersachsen und Bremen in allen Regionalzügen, Bussen und Stadtbahnen gelten soll. Vorbilder sind die Bundesländer Hessen, Berlin und Brandenburg, in denen es ein solches Ticket schon gibt. Das steigert nicht nur die Attraktivität der beruflichen Bildung. Geringere Fahrtkosten ermöglichen auch Auszubildenden mit kleinem Portemonnaie, mehr am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Gerade die Reisekosten sind für viele Auszubildende mit geringen Ausbildungsvergütungen von vielleicht 600 Euro im Monat eine große Bürde. Genauen Einblick lieferte eine Onlineumfrage der DGB-Jugend zu Ausbildungswegen und Fahrtkosten in Niedersachsen und Bremen aus dem vergangenen Jahr. Danach geben 86 Prozent der Azubis 10 Euro oder weniger am Tag für den Weg zum Betrieb aus, für 14 Prozent sind es dagegen mehr als 11 Euro. Diese letzte Gruppe muss danach bei 46 Arbeitswochen im Jahr allein für den Weg zur Firma mehr als 2.000 Euro pro Jahr berapen. Hinzu kommen die Kosten für den Weg zur Berufsschule: Ein Viertel der Auszubildenden ist jährlich mit mindestens 451 Euro dabei, rund sechs Prozent müssen dafür mindestens 1.230 Euro auf den Tisch legen.

Laut Umfrage sind die Kosten für den Weg zum Betrieb für Bus- und Bahn-Nutzer*innen ähnlich hoch wie für Autofahrer*innen. Letzte-



Foto: Michael Fleischmann

re müssen nur geringfügig mehr für den Weg zur Berufsschule zahlen und sind schneller am Ziel. Vor allem auch wegen der vielfach schlechten Nahverkehrsverbindungen nutzen

fast 57 Prozent der Auszubildenden für die Fahrten zu Betrieb und Berufsschule ein Auto. Aufgrund der hohen Bus- und Bahnfahrpreise erwartet die DGB-Jugend trotz-

dem nennenswerte Umsteiger*innen zahlen, wenn das preiswerte Azubi-Ticket auch in Niedersachsen und Bremen eingeführt wird. ▀

»Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben!«

Gegründet von Überlebenden des Nazi-Terrors, hat sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) seit 1947 dem Kampf gegen Rassismus, Rechtsentwicklung und für Toleranz verschrieben. Nun droht der VVN-Bund der AntifaschistenInnen (VVN-BdA) möglicherweise das Aus – denn das Berliner Finanzamt hat der Bundesvereinigung im November rückwirkend die Gemeinnützigkeit entzogen.

Die Folgen wären dramatisch: »Es drohen Nachzahlungen bei der Körperschaftsteuer und für spendenbegünstigte Mitgliedsbeiträge, um nur die schlimmsten finanziellen Folgen zu nennen«, erläutert VVN-BdA-Landessprecher Andreas Nolte. Gleichzeitig wurde den Landesvereinigungen Thüringen und Saarland von den dortigen Finanzämtern Anfang des Jahres untersagt, Gelder an die Bundesvereinigung abzuführen. »Sollte es dabei bleiben, gehen

ihr die Haupteinnahmen verloren«, mahnt er. »Das würde das Aus für unsere Vereinigung bedeuten.«

Das Berliner Finanzamt begründet seine Entscheidung mit der bayerischen Landesvereinigung, die in den Jahresberichten des bayerischen Verfassungsschutzes als »linksextremistisch beeinflusst« erwähnt wird. Laut der Abgabenordnung für Vereine könne einem Verein die Gemeinnützigkeit entzogen werden, wenn eine Gliederung im Verfassungsschutzbericht auftauche, heißt es. Für die VVN-BdA ist diese Begründung hanebüchen: »Es handelt sich um politisch diskriminierende Behauptungen eines Geheimdienstes, die nicht bewiesen werden müssen, aber materielle Nachteile auslösen sollen«, sagt Nolte. Für verheerend hält er die Umkehr der Beweislast: »Wie zur Zeit der Hexenprozesse sollen wir laut Abgabenordnung unsere ‚Unschuld‘ beweisen. Das geht gar nicht!«

Onlinepetition:
www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben

Ausgelöst wurde dieser Mechanismus durch das Bundesfinanzministerium, das die Oberfinanzdirektionen angewiesen hatte, so zu

sierten sich öffentlich mit der Vereinigung. Andreas Nolte bittet alle Gewerkschafter*innen, sich für die Rückgabe der



»Nur wenn der öffentliche Protest gegen den Entzug unserer Gemeinnützigkeit und die Solidarität von vielen Einzelpersonen, Gewerkschaften und Parteien noch deutlicher zum Ausdruck kommt, besteht die Chance, dass die VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zurückerhält.«

ANDREAS NOLTE

Landessprecher der VVN-BdA Niedersachsen | Foto: privat

verfahren. Die Bundesvereinigung versucht, im laufenden Widerspruchsverfahren die Gemeinnützigkeit zurückzubekommen.

Der DGB-Bundesvorstand und andere gewerkschaftliche Gliederungen solidari-

Gemeinnützigkeit starkzumachen. Die einfachste Möglichkeit ist die Unterzeichnung einer Petition an den Bundestag, damit der Fall dort schnell zur Sprache kommen kann. ▀

Rechte Listen bei Betriebsratswahlen: »Sie wollen die Belegschaften spalten!«

Mit ihrer Gewerkschaft »Zentrum Automobil« versuchen Rechtsausleger*innen, vor allem in den Betrieben der Automobilindustrie Fuß zu fassen. Sie treffen dabei auf Zustimmung zu AfD und Co, auch unter vielen organisierten Beschäftigten. Über den Umgang damit sprach die MAIZEITUNG mit Chaja Böbel, Referentin im Bildungszentrum der IG Metall Berlin-Brandenburg.



CHAJA BÖBEL (54) ist Historikerin und arbeitet als Bildungsreferentin im Bildungszentrum der IG Metall Berlin-Brandenburg. Foto: privat

MAIZEITUNG: Rechte Listen haben bei den vergangenen Betriebsratswahlen vor zwei Jahren kaum nennenswerte Erfolge errungen. Besteht nicht die Gefahr, die Rechten groß zu machen, wenn man etwas gegen sie unternimmt, weil sie dann Aufmerksamkeit bekommen?

Chaja Böbel: Nein. Viele haben viel zu lange darauf gehofft, dass sich das Problem von selbst erledigt. Das tut es aber nicht – denn die Rechten sind, wie in der übrigen Gesellschaft auch, gekommen, um zu bleiben. Ausgehend vom Daimler-Stammwerk in Untertürkheim hat die rechte Gewerkschaft »Zentrum Automobil« vor allem bei Automobilzulieferern bei den vergangenen Betriebsratswahlen über 20 Betriebsratsmandate errungen. Ich habe von Anfang an immer gesagt: Wir müssen das ernst nehmen, hingucken und handeln!

Was machen rechte Betriebsräte und rechte Gruppen in den Betrieben denn so?

Sie haben sich vor allem zum Ziel gesetzt, die IG Metall bloßzustellen, indem sie ihre Vertreterinnen und Vertreter als abgehoben

und zu wenig an den eigentlichen Problemen orientiert darstellen. Oliver Hillburger, Kopf des »Zentrums Automobil«, hat einmal gesagt: »Es muss eine Opposition im Betriebsrat geben.« Bei der rechtspopulistischen Argumentation geht es immer gegen das Establishment, und da gehören die Gewerkschaften aus Sicht der Rechten dazu.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Das große Thema ist im Moment das Diesel- und Umweltthema, bei dem die IG Metall sagt, wir arbeiten mit Fridays for Future zusammen. Durch die Transformation wird zunehmend nicht mehr auf den Verbrennungsmotor gesetzt, da springen die Rechten gerne auf. Sie schieben die Dieseldiskussion nach vorne und machen die IG Metall dafür verantwortlich, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Damit sprechen sie in den Betrieben auch viele Leute an, die sich politisch sonst gar nicht rechts verorten würden, weil ihre Sorgen nachvollziehbar mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen und der Veränderung der Arbeitswelt zu tun haben.

Blieben wir beim Diesel- und Umweltthema: Mit welchen vermeint-

lichen Argumenten finden die Rechten bei den Beschäftigten Gehör?

Die Rechten präsentieren Untersuchungen, nach denen Dieselfahrzeuge 23-mal umweltfreundlicher seien als E-Autos. Der menschengemachte Klimawandel wird geleugnet. Dazu kommen Verschwörungsvorstellungen: Greta Thunberg und andere Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten würden von irgendwelchen Marionettenspielern gelenkt. Die Rechten inszenieren den Kampf für den Diesel zum Kampf für die Arbeiterklasse.

Was kann die IG Metall, was können die Gewerkschaften tun?

Es gibt keine einfache Standardlösung. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche und damit auch gesamtgewerkschaftliche Aufgabe. Als IG Metall müssen wir viel besser inhaltlich argumentieren lernen. Um dagegenhalten zu können, kommen wir nicht darum herum, unsere Vertrauensleute, Betriebsräte und Hauptamtlichen in den Themen zu bilden, die die Rechten besetzen.

Eine gute Bildung ist aber auch wichtig, damit unsere Funktionärinnen und Funktionäre in der Lage sind zu erkennen, ob es sich um einzelne, unorganisierte aktive Rechte im Betrieb handelt – oder um den Versuch, eine rechte Betriebsratsliste zu gründen. Das wird im Hinblick auf die nächsten Betriebsratswahlen in zwei Jahren sehr wichtig sein. Und ein ganz wichtiger Punkt: Wir müssen für unsere Werte und für das, wofür wir stehen, werben und klarmachen: Die IG Metall gibt es entweder so oder gar nicht, und unsere Betriebsratspolitik ist solidarisch. In den Tarifaufeinanderstellungen setzen wir uns für alle Beschäftigten unabhängig von Herkunft, Religion und ethnischen Hintergrund gleichermaßen ein.

Gute Argumente dürften aber bei Kolleg*innen mit einem geschlossenen rechten Weltbild kaum mehr verfangen.

In der Gesellschaft haben 12 bis 15 Prozent der Leute ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Man muss ihre selbstgewählte Ausgrenzung akzeptieren und sie deshalb isolieren. Gegenüber Kolleginnen und Kollegen, die mit ihnen zu tun haben, sollte man die rechten Aussagen und Sprüche aber nicht einfach so stehen lassen, sondern dagegen halten – auch um ein bisschen die

Lufthoheit demokratischer Argumentation zu behalten.

Dann hast du diejenigen, die irgendwie gekränkt und beleidigt sind, weil etwas, was sie wollten, von »der Gewerkschaft« nicht aufgegriffen wurde oder die sonst irgendwie schlechte Erfahrungen gemacht haben. Man kann tatsächlich versuchen, denen deutlich zu machen, dass die unterkomplexe Antwort auf ein komplexes Problem möglicherweise mittel- und langfristig für sie nicht zielführend ist.

Und dann gibt es diejenigen, die manche rechten Sprüche nachplappern und sich ein bisschen aus der demokratischen Teilhabe verabschiedet haben. Ihnen kann man durch eine bessere Mitbestimmung versuchen, deutlich zu machen, dass bei Veränderungen im Betrieb kein Problemlöser vom Himmel kommt, sondern, dass sie selber mitgestalten können. Man sollte dafür werben, was Gewerkschaft eigentlich bedeutet: Dass sich Menschen solidarisch um die Lösung ihrer eigenen Sache kümmern. An diesem Punkt müssen wir uns als Gewerkschaften aber auch selbstkritisch fragen: Haben wir möglicherweise in Teilbereichen gut damit gelebt, Teilhabe und Mitbestimmung von oben zu organisieren und uns nicht auf den Debattefeld eingelassen, um die Kolleginnen und Kollegen tatsächlich mitzunehmen?

Was sollten IG-Metaller*innen im Gespräch mit Kolleg*innen sagen, wenn sich Rechte anschicken, zur nächsten Betriebsratswahl mit einer eigenen Liste anzutreten?

Man muss klar benennen, dass es momentan keine tariffähige rechte Gewerkschaft gibt. Die machen Versprechungen, die sie überhaupt nicht halten können. Und man muss klar sagen: Halt! Das sind Rechte, die wollen die Belegschaft spalten. Nach unserer Vorstellung ist der Betriebsrat die Opposition im Betrieb, und die ist am stärksten, wenn sie nicht gespalten ist. Wir können in guter Tradition der Arbeiterbewegung nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns gemeinsam stark machen und nicht, wenn wir uns von den Rechten im Betrieb spalten lassen. Man muss den Kolleginnen und Kollegen klar sagen: Wenn ihr die Rechten wählt, dann handelt ihr gegen eure eigenen Interessen. ▀

März 1920: Generalstreik für eine soziale Republik – Hannovers Arbeiter drängen die Reaktion zurück

Von Peter Schulze

Im November 1918 sucht der hannoversche Arbeiter- und Soldatenrat die Zusammenarbeit mit den Militärbehörden – und verhilft ihnen zu neuer Macht. SPD und Gewerkschaften in Hannover glauben, die ihnen nach dem Ende des Weltkriegs zugefallene politische Machtstellung sei unanfechtbar. Aber bereits im Juli 1919 wagt es die Reichswehr, mit Waffengewalt gegen streikende Eisenbahnarbeiter in Hannover und Lehrte vorzugehen.

Gegenrevolution

Am 13. März 1920 kommen Nachrichten aus Berlin, dass Freikorps unter dem Befehl des Generals von Lüttwitz das Regierungsviertel besetzt haben, der Reichspräsident Ebert und die Regierung Bauer geflüchtet sind und der reaktionäre Politiker Kapp die Regierungsgewalt an sich gerissen hat. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch mobilisiert die gegenrevolutionäre Kräfte überall im Reich: in Hannover die Truppen der Reichswehr, die paramilitärische Sicherheitspolizei, die vom Militär mit Waffen ausgestattete Bürgerwehr, bewaffnete Studenten der Technischen Hochschule, als »Zeitfreiwillige« förmlich verpflichtet und in einem Bataillon zusammengefaßt, das in Celle stationierte »Sturmabteilung Hindenburg«, daneben Teile von Verwaltung und Justiz, die Rechtsparteien DNVP und DVP – auf diese Kräfte wirkt der der Kapp-Lüttwitz-Putsch wie ein Signal.



Anfang März 1920 besucht der als Pensionär in Hannover lebende Generalfeldmarschall von Hindenburg Offiziere und Soldaten eines Freikorps in Celle, dessen Namenspatron er ist: das »Sturmabteilung Hindenburg«.



Studenten der Technischen Hochschule, als »Zeitfreiwillige« dienstverpflichtet und von der Reichswehr ausgerüstet: mit Stahlhelm und Gewehren.

Militärbefehlshaber in Hannover ist der General von Hülsen. Seit Reichspräsident Ebert am 13. Januar 1920 den »Ausnahmestand« für Norddeutschland zum Kampf gegen links verhängt hat, sind öffentliche Versammlungen und Umzüge verboten, und die örtlichen Militärbefehlshaber verfügen uneingeschränkt über die »vollziehende Gewalt«. General von Hülsen unterstellt sich noch am 13. März die Sicherheitspolizei und die Bürgerwehr, mobilisiert das »Zeitfreiwilligen«-Bataillon und alarmiert das »Sturmabteilung Hindenburg«, das sofort von Celle nach Hannover gerufen wird.

Zur Abwehr: Generalstreik!

Noch am selben Tag, einem Samstag, versammeln sich in Hannover SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie viele hundert betriebliche Vertrauensleute im Volksheim an



Streikaufruf des »Aktionsausschusses« von SPD, USPD und KPD.



Extra-Blatt der USPD-Zeitung »Volksrecht« vom 15. März 1920.

der Nikolaistraße und beschließen den Generalstreik. Die Leitung des Abwehrkampfes wird einem »Aktionsausschuß« übertragen, dem sechs Sozialdemokraten und vier USPD-Mitglieder angehören, später auch zwei Vertreter der KPD. Der Aufruf »Am Montag, dem 15. März, ruht die Arbeit in sämtlichen Betrieben und Werkstätten!« wird überall befolgt, in Hannover ebenso wie in den Städten und Gemeinden im Umland.

Die Parteien im »Aktionsausschuß« handeln getrennt. USPD und KPD wollen eine politische Mobilisierung und organisieren Kundgebungen. Die SPD sorgt im Magistrat für eine Erklärung gegen den Putsch und verhandelt mit dem Militärbefehlshaber, General von Hülsen, um zu klären, ob dieser auf der Seite der verfassungsmäßigen Regierung steht.

Der General legt sich nicht fest und gibt eine ausgesprochen laue Erklärung ab, er trete ein für »Ruhe und Ordnung« und wolle »verfassungsmäßig handeln«. Nachdem bekannt geworden ist, dass einzelne Arbeiter sich Waffen verschafft haben, droht General von Hülsen mit der Beschießung des Gewerkschaftshauses an der Nikolaistraße durch Artillerie. Dies kann nach Einsammlung und Abgabe der Waffen im letzten Moment abgewendet werden. Wiederholt kommt es in Hannover zu Feuerüberfällen des Militärs und seiner bewaffneten Helfer auf demonstrierende Arbeiter, mit zahlreichen Toten und Verletzten.

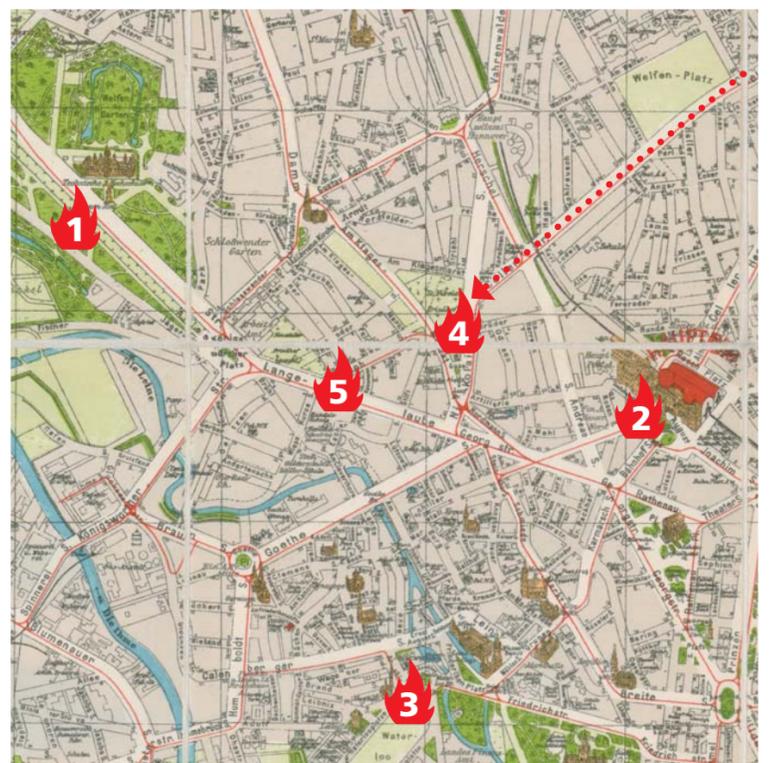
Am Ende ist der Generalstreik gegen Kapp erfolgreich, in Hannover wie überall im Reich. Das Unternehmen Kapp scheitert.

Die Geschehnisse im März 1920 in Hannover zeigten, dass SPD und Gewerkschaften keine Kontrolle über die bewaffneten Kräfte in der Stadt hatten: Reichswehr, Sicherheitspolizei, die »Zeitfreiwilligen«, das »Sturmabteilung Hindenburg« und die Einwohnerwehr. SPD und Gewerkschaften sind keine Ordnungsmacht gegen rechts. Für die



Der Platz vor dem Gewerkschaftshaus an der Nikolaistraße ist während des Generalstreiks ein Ort täglicher Demonstrationen und wird zum Schauplatz militärischer Gewalt.

Foto: Historisches Museum Hannover



ABLAUF DER GESCHEHNISSE

- Sonntag, 14. März, vormittags, Herrenhäuser Allee:** Mehr als 20.000 Arbeiter nehmen an einer – wegen des Versammlungsverbots – »wandernden« Kundgebung teil und werden von studentischen »Zeitfreiwilligen« beschossen.
- Sonntag, 14. März, nachmittags, Hauptbahnhof:** Bewaffnete Studenten besetzen den Hauptbahnhof und schießen auf Demonstranten: ein Arbeiter wird getötet.
- Montag, 15. März, nachmittags, Waterlooplatz:** Teilnehmer einer KPD-Kundgebung auf dem Klagesmarkt marschieren zum Militärkommando am Waterlooplatz. Der Platz ist durch Stacheldraht abgesperrt. Die Demonstranten werden durch MG-Fire in die Flucht geschlagen.
- Montag, 15. März, abends, Nikolaistraße:** Das in Hannover eingetroffene »Sturmabteilung Hindenburg« hat den Befehl erhalten, »jeden Widerstand« zu brechen, »der ihm entgegengesetzt wird.« Die schwerbewaffnete Truppe zieht über die Celler Straße in die Innenstadt und wird auf der Nikolaistraße durch tausende, am Gewerkschaftshaus demonstrierende Arbeiter aufgehalten. Die Soldaten schießen sich den Weg frei: sechs Arbeiter werden getötet, viele verletzt.
- Dienstag, 16. März, mittags, Lange Laube:** Reichwehrsoldaten werden von Passanten beschimpft, geantwortet wird mit Gewehrshüssen. Dabei wird ein Arbeiter getötet.

Planausschnitt: Pharus-Plan Hannover

gelungene Abwehr des gegenrevolutionären Vorstoßes im März 1920 ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Arbeiterschaft in Hannover gemeinsam in den Generalstreik trat über die Grenzen von Parteien und Organisationen hinweg.

Kundgebungen für eine soziale Republik

Erneut, nach der Ermordung des republikanischen Politikers Erzberger im August 1921 und noch einmal nach der Ermordung des Reichsaußenministers Rathenau im Juni

1922 durch rechte Terrororganisationen, demonstriert die gesamte hannoversche Arbeiterschaft für ihre Vision einer demokratischen und sozialen Republik: Bei der Kundgebung nach dem Mord an Erzberger versammeln sich 60.000 Personen auf dem Klagesmarkt, nach dem Mord an Rathenau 100.000 auf dem Waterlooplatz, um eine wirksame Bekämpfung der nationalistischen und zugleich terroristischen Rechten zu fordern. Aber ihre politischen Forderungen verhallen, werden nicht umgesetzt, nicht im Reich und nicht in Preußen. ▀

Klinikum Region Hannover: Tarifvertrag entlastet besonders belastete Beschäftigte



ver.di und das Klinikum Region Hannover (KRH) haben ein Pilotprojekt gestartet, um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des Klinikverbundes in besonders belasteten Bereichen zu verbessern – vorne weg in der Pflege.

Laut Tarifvertrag sollen 200 zusätzliche Vollzeitstellen den Pflege- und Funktionsdienst stärken. Das sei auch ein Mittel, um Leiharbeit zu verringern, sagt Gewerkschaftssekretärin Brigitte Horn. Davon entstehen 100 Pflegestellen in einem sogenannten Mobilteam. Diese Beschäftigten werden bei kurzfristigen Ausfällen flexibel in verschiedenen Stationen und Krankenhäusern

des Klinikums eingesetzt und erhalten dafür eine monatliche Zulage von 300 Euro brutto. Wer bereit ist, in sämtlichen KRH-Häusern zu arbeiten, bekommt 500 Euro mehr. Damit Pfleger*innen keine Schicht mehr allein arbeiten müssen, sollen zusätzlich 30 Vollzeitstellen entstehen. »Das ist uns besonders wichtig«, unterstreicht Horn. »Auch diese zusätzlichen Stellen werden die Attraktivität des Pflegeberufs deutlich steigern, weil viele Kolleginnen und Kollegen bei Alleinarbeit in der Nacht Sorge haben, den Anforderungen nicht gerecht zu werden.«

Ältere Beschäftigte brauchen deutlich länger, um sich zu erholen, und im KRH

Die Beschäftigten des Klinikums machen Druck für den Entlastungstarifvertrag.

Foto: Thomas Langreder

sind fast die Hälfte der Pflegekräfte 50 Jahre und älter. Fast zwei Drittel gehören der Altersgruppe ab 45 an, die unter der Arbeitsverdichtung der vergangenen Jahrzehnte besonders gefordert worden sind. »Wir brauchen diese Kolleg*innen mit all ihrer Erfahrung sehr«, betont Brigitte Horn. Ab dem 50. Lebensjahr winken nun drei zusätzliche freie Arbeitstage im Jahr, ab nächstem Jahr gilt diese Regelung schon ab dem 45. Lebensjahr. Davon profitieren auch die Küchen- und Reinigungskräfte in der Service GmbH. Als personeller Ausgleich sollen zusätzlich 20 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Um die Qualität der Ausbildung und Einarbeitung zu verbessern, werden 30 Vollzeitstellen geschaffen, damit mehr Zeit für die Praxisanleitung bereitsteht.

»Die herausragenden Verbesserungen steigern die Attraktivität der Gesundheitsberufe«, betont ver.di-Landesleiter Detlef Ahting. »Das macht hoffentlich bei vielen



KRH-Personalgeschäftsführer Michael Born und ver.di-Landesleiter Detlef Ahting unterzeichnen den »Tarifvertrag Entlastung – Entlastungstage und Mobilteamzulagen«.

Foto: Matthias Büschking

anderen Arbeitgebern Schule, nicht nur in Niedersachsen.« Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Im Anschluss wollen beide Tarifparteien das Pilotprojekt auswerten. ▀

DIE VERBESSERUNGEN AUF EINEN BLICK:

- 200 zusätzliche Vollzeitstellen, um den Pflege- und Funktionsdienst zu entlasten.
- 300 Euro bis maximal 500 Euro brutto als monatliche Zulage für Pflegekräfte im Mobilteam.
- Ausfallzeiten-Management: 75 Euro brutto pro Schicht als Zulage bei »besonderen Diensten« zum Einsatz auf einer anderen Station.
- Drei zusätzliche freie Arbeitstage im Jahr für Pflege- und Servicekräfte ab 50, ab nächstem Jahr ab dem 45. Lebensjahr.
- Wenn es dringend notwendig ist, können Mitarbeiter*innen freiwillig aus der Freizeit heraus einspringen. Dieses »Holen aus dem Frei« wird möglichst verringert. Wird dieser Dienst doch geleistet, wird er mit 150 Prozent Arbeitszeit bewertet und kann auch ausgezahlt werden. Diese Regelung gilt für alle Berufsgruppen.
- Auszubildende werden unbefristet übernommen.

Für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Forderungen an die Bundesregierung: Außenminister Heiko Maas will Menschenrechtsverletzer zur Verantwortung ziehen, er nennt Nordkorea, China, Ägypten, Russland, Venezuela. Warum nicht die Türkei?

Seit Erdogan ist die Türkei kein Rechtsstaat mehr. Tausende politisch Verfolgte sitzen in den Gefängnissen. Deutsche dürfen nicht ausreisen, auch Hannoveraner*innen nicht. Nachdem die ehemalige Bürgermeisterin von Diyarbakir, Gültan Kisanak, 2018 zu 14 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt wurde, wird ihr erneut der Prozess gemacht. Der im März 2019 gewählte Nachfolger Dr. Selcuk Mizrakli, ein angesehener Arzt, wird am 9. März 2020 in einem obskuren Prozess zu mehr als 9 Jahren Haft verurteilt. Im kurdischen Teil der Türkei sind nach den Wahlen im vergangenen Jahr 38 Städte unter Zwangsverwaltung gestellt, 23 Bürgermeister, davon 14 Frauen inhaftiert.

Die Bundesregierung muss mit uns die sofortige Freilassung von Gültan Kisanak, Salahattin Demirtas, Mesale Tolu, Selcuk Mizrakli, Osman Kavala und allen politischen Gefangenen fordern. Wir fordern eine neue Türkeipolitik der Bundesregierung, die Erdogan die rote Karte zeigt und sich nicht von ihm erpressen lässt.

Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover a.D.

Für eine Türkeipolitik im Sinne des Friedens und der Menschenrechte!

In den türkischen Gefängnissen wird gefoltert. Die türkische Regierung hat erneut das Militär in Syrien einmarschieren lassen und missachtet die Menschenrechte und das Völkerrecht. Wir können angesichts dieses Unrechts nicht

schweigen. Denn diese Verbrechen wären nicht möglich ohne die Unterstützung durch die deutsche Regierung. Denn die Panzer, die erneut die syrische Grenze überquert haben, sind auch deutsche Panzer. Denn die Mittel, mit denen die Würde derjenigen gebrochen werden soll, die für unser aller Würde eintreten, stellt auch Deutschland bereit. Die Bürgschaften, mit denen die türkische Wirtschaft, der die geflohenen Akademiker, Intellektuellen, Studierenden, Frauen, Demokraten fehlen, geölt wird, sind auch deutsche Bürgschaften.

Wir können nicht schweigen, weil das Verlangen nach Demokratie, das wir verstummen lassen, auch unsere Demokratie begräbt. Wir können nicht schweigen, weil die Würde der Verfolgten und zum Schweigen Gebrachten, die Würde derjenigen, die für Menschenrechte und Demokratie eintreten, auch unsere Menschenwürde ist.

Die Hilferufe der unterdrückten Kurden, anderer ethnischer und religiöser Minderhei-

Die Petition wurde gestartet von »Frieden und Menschenrechte in der Türkei!«

JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:

<https://weact.campact.de/petitions/es-liegt-in-unser-aller-hand-den-frieden-moeglich-zu-machen-fur-eine-turkeipolitik-des-friedens>



Es liegt in unser aller Hand, den Frieden möglich zu machen

Erklärung zur Türkei-Politik der Bundesregierung

ten und der Oppositionellen sind daher auch unsere Hilferufe.

Daher fordern wir: Keine weitere Waffe soll aus Deutschland an das türkische Regime geliefert werden. Kein weiterer Mensch darf der Folter ausgeliefert werden. Wer verfolgt wird und hier Zuflucht sucht, soll hier eine Heimat finden. Kein weiterer Kredit und keine Bürgschaft sollen bewilligt werden, bis die Gefahr des Krieges und die Missachtung des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit gebannt ist; bis die türkischen Soldaten aus allen besetzten Gebieten anderer Länder abgezogen sind. Und wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich in den Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass der Krieg des türkischen Staates als Bruch des

Völkerrechts verurteilt wird. Denn Schweigen tötet.

Wir fordern dies in dem Wissen, dass die türkische Regierung für ihre Politik auf das stillschweigende Zutun der Bundesregierung angewiesen ist. Es liegt in unser aller Hand, den Frieden möglich zu machen.

Erstunterzeichner*innen sind u.a.:

Andreas Zumach, Journalist und UNO-Korrespondent; Jürgen Grässlin, Bundessprecher Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK); Volker Lösch, Regisseur; Prof. Christoph Butterwegge, Uni Köln; Heidi Merk, Landesministerin von Niedersachsen a. D.; Dr. h. c. Herbert Schmalstieg, OB von Hannover a. D.; Dr. Sharo Garip, Akademiker für den Frieden; Adil Demirci, Sozialwissenschaftler und Journalist; Eva-Maria Zimmermann, Gewerkschaftssekretärin GEW Köln; Prof. Kathinka Beckmann, Uni Koblenz; Ulrich Delius, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker... ▀

Das merk ich mir!

- Arbeitsrecht
- Mietrecht
- Reiserecht
- Strafrecht
- u. v. m.

Rechtsanwälte Thannheiser und Koll.

Rühmkorffstraße 18
30163 Hannover

Telefon (0511) 990 490
Telefax (0511) 990 49 50



www.thannheiser.de

rechtsanwalt@thannheiser.de